

Mike Schmeitzner

Ambivalenzen des Fortschritts

Zur Faszination der proletarischen Diktatur in der demokratischen Revolution 1918–1920

Schon in seiner »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« notierte Karl Marx 1843/44: »Allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.« Die Fähigkeit der Theorie, die »Massen zu ergreifen«, sei dann gegeben, »sobald sie *ad hominem* [am Menschen] demonstriere«, das heißt, radikal die »Sache an der Wurzel« fasse. Die Wurzel für den Menschen sei »aber der Mensch selbst«. Die »positive Möglichkeit der Deutschen Emanzipation« sah Marx im wachsenden Proletariat. In ihm erkannte er die Klasse »mit radikalen Ketten«, die sich selbst und die gesamte Gesellschaft emanzipieren werde, indem sie die »Negation des Privateigentums« verlange und die »Auflösung der bisherigen Weltordnung« verkünde.¹ Mit dieser utopischen Annahme von Marx hatte das Proletariat als »Hauptleidtragender« des Kapitalismus eine »Erlösungsaufgabe« zu bewältigen, wie sie nicht umfassender hätte ausfallen können: nämlich die Herstellung einer »neuen Heilsordnung der ›kommunistischen Gesellschaft‹ der Gleichen, Freien und Gerechten.«² Marx selbst hielt seine Theorie dabei für diejenige, aus der sich das Proletariat »seine geistigen Waffen« entleihen müsse, um diesen Emanzipationsprozess zu vollziehen.³ Eine Konkretisierung fand dieser Emanzipationsgedanke in dem nur wenige Jahre später veröffentlichten »Manifest der Kommunistischen Partei« (1848) und wiederum zwei Jahre später – und um die Erfahrung des niedergeschlagenen französischen Arbeiteraufstands (Juni 1848) reicher – in Briefen und Schriften, in denen Marx erstmals (1850) die Diktatur des Proletariats als notwendiges Durchgangsstadium bezeichnete.

Die deutsche Geschichte kennt nur einen einzigen Wendepunkt, in der Marx' Theorie »materielle Gewalt« wurde und die Massen ergriff, ohne jedoch jemals das avisierte Durchgangsstadium zu erreichen. Gemeint sind die deutsche Revolution von 1918/19 und ihre Nachwehen von 1920.⁴ Am Beispiel dieser Zäsur soll der Frage nach der Faszination der Diktatur des Proletariats als bislang sehr verschieden interpretierter Formel⁵ nachgegangen

1 *Karl Marx*, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 385–391.

2 *Hans-Ulrich Wehler*, Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013, S. 24.

3 *Marx*, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, S. 391.

4 Im Folgenden beziehe ich mich auf diese zeitliche Fixierung, die konsequenterweise *Ulrich Kluge*, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt am Main 1985, S. 8, vorgeschlagen hat, auch wenn sich diese nicht direkt im Titel niederschlug.

5 Vgl. etwa *John Ehrenberg*, The Dictatorship of the Proletariat. Marxism's Theory of Socialist Democracy, New York 1992; *Hal Draper*, The »Dictatorship of the Proletariat« from Marx to Lenin, New York 1987; *Uli Schöler*, »Despotischer Sozialismus« oder »Staatsklaverei«? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917 bis 1929), 2 Teile, Münster 1990; *Jürgen Zarusky*, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München 1992; *Arkadij Gurland*, Marxismus und Diktatur, Frankfurt am Main 1981 (Erstausgabe Leipzig 1930); *Uwe-Jens Heuer*, Marxismus und Demokratie, Berlin (Ost) und Baden-Baden 1989. Aus zeitgenössisch-wissenschaftlicher Sicht: *Karl Diehl*, Die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem, Jena 1924.

gen werden; eine Faszination, die zwischen 1918 und 1920 einen immer größer werdenden Teil der Funktionäre und Anhänger der sozialistischen Parteien erreichte. Ausgehend von den geistigen Voraussetzungen und Anregungen sowie den einströmenden Einflüssen der Revolutionszeit wird deshalb zu untersuchen sein, weshalb sich eine solche Entwicklung vollzog und in welcher Weise sie mit der ersten Demokratiegründung in Deutschland in Zusammenhang stand. Inwieweit haben enttäuschte Hoffnungen auf gesellschaftliche Veränderungen und die Rolle der Gewalt den Zuspruch für eine proletarische Diktatur wachsen lassen? Was ließ diese Art der Klassendiktatur überhaupt so attraktiv erscheinen? War es die Faszination der ›ganzheitlichen‹ Lösung in einer immer stärker ausdifferenzierten Gesellschaft? Und inwiefern spielte die Frage des Versagens von (sozialdemokratischen) Reformansätzen in Krisenzeiten hier hinein? Welche Teile der Arbeiterbewegung zeigten sich für eine solche Lösung besonders ›anfällig‹? Wie verhielt sich – politisch-operativ und programmatisch – die Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) zu dieser Entwicklung? Was wurde in diesem ›Lager‹ überhaupt unter einer »Diktatur des Proletariats« subsumiert und inwieweit die Formel instrumentell gebraucht? War es vielleicht ›nur‹ eine Generationenfrage?

I. DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS ALS WELTANSCHAULICHE RESSOURCE

Eine ›Lehre‹ von der »Diktatur des Proletariats« haben weder Karl Marx noch Friedrich Engels hinterlassen. Es blieb erst den sowjetischen und osteuropäischen Legitimationswissenschaften vorbehalten, eine solche ›Lehre‹ zu entwickeln, die als »Kernstück der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie« galt.⁶ Allerdings fußte diese weitgehend auf den Engführungen Wladimir I. Lenins, der mit seinem neuen Staat eine bestimmte institutionelle Form der Regierungsgewalt entwickelt hatte. Es wäre freilich verfehlt anzunehmen, dass Karl Marx und Friedrich Engels lediglich einige randständige Äußerungen hierzu vorgenommen hätten. Marx' erste Äußerungen lassen sich wohl nicht von ungefähr im zeitlichen Kontext der fehlgeschlagenen französischen Revolutionen von 1848/49 und 1871 finden. Zuerst in den »Klassenkämpfen in Frankreich« (1850) mehrfach verwendet, tauchte der Begriff der Diktatur des Proletariats dann in »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« (1852), in »Der Bürgerkrieg in Frankreich« (1871) und in den »Randglossen zum Gothaer Programm« (1875) auf.⁷ In einem Brief von 1852 ließ er seinen Weggefährten Joseph Weydemeyer wissen, wo denn seine bisherigen Verdienste lägen: Die Entdeckung des Klassenkampfes fiel seines Erachtens nicht darunter, aber der Nachweis, dass der »Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats« führe und diese selbst nur »Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft« sei.⁸

Weithin bekannt wurde jedoch nicht diese Briefpassage, sondern Marx' Definition in den »Randglossen zum Gothaer Programm«, die er anlässlich der Vereinigung von »Lassalleern« und »Eisenachern« 1875 erarbeitet hatte. In dem Text hieß es: »Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des

6 Wörterbuch der Geschichte, Bd. 1: A–K, Berlin (Ost) 1983, S. 237.

7 Im Werk »Der Bürgerkrieg in Frankreich« wird die »Pariser Kommune« zwar nicht als eine solche Diktatur charakterisiert, doch war es Friedrich Engels, der Jahre später diese Zuschreibung explizit vornahm. Vgl. *Friedrich Engels*, Einleitung zu Marx' »Bürgerkrieg in Frankreich«, in: MEW, Bd. 22, Berlin (Ost) 1963, S. 188–199, hier: S. 199.

8 Karl Marx an Joseph Weydemeyer vom 5.3.1852, in: MEW, Bd. 28, Berlin (Ost) 1963, S. 508.

Proletariats.«⁹ Da führende deutsche Sozialdemokraten die Kritik aus wohl erwogenen Opportunitätsgründen beiseitelegten, vermochte sie erst ab 1891 – im Zuge einer von Engels autorisierten Veröffentlichung – eine gewisse Wirkmächtigkeit entfalten. Doch was genau verstand Marx unter einer solchen Form der Diktatur? Nach allen bekannten Überlieferungen zu urteilen scheint Marx den Ausdruck »Diktatur« »niemals verwendet zu haben, um eine bestimmte institutionelle Form der Regierungsgewalt zu beschreiben«, vielmehr ging es ihm darum, den »Inhalt der Herrschaft einer Gruppe oder Klasse zu bezeichnen«. Da sich die neue proletarische Staatsmacht aber erst gegen die abzulösende Klasse der Bourgeoisie zu behaupten hatte, war es aber »gleichwohl wahrscheinlich, dass eine solche Herrschaft dazu neigen würde, offen diktatorisch aufzutreten«.¹⁰ Für diese Annahme spricht auch die Aussage im »Kommunistischen Manifest«, wonach das Proletariat seine »politische Herrschaft« dazu benutzen werde, der »Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen« und alle »Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren«.¹¹

Solche umwälzenden Maßnahmen erschienen aus der Sicht von Marx und Engels deswegen gerechtfertigt, weil es mit der Diktatur des Proletariats die »Diktatur der Bourgeoisie«, einer im Besitz des Privateigentums an Produktionsmitteln befindlichen Minderheit der Bevölkerung, abzulösen galt, die den Staat nur als Unterdrückungsinstrument einsetzte und auf politischer Ebene ihre Klassenherrschaft zum Beispiel mit Klassenwahlrecht und Presseinfluss zu sichern versuchte. Nach der erfolgreichen proletarischen Macht ergreifung und ihrer Etablierung als herrschende Klasse sollte das Proletariat die im Kapitalismus entstandene »Entfremdung« überwinden, alle Klassenherrschaft aufheben und generell den Staat zum »Absterben« bringen. Diese Auffassung war insofern utopisch, als doch bereits die Forderungen aus dem »Manifest« die Staatstätigkeit noch wesentlich erweitern statt reduzieren mussten.¹² Auch andere Fragen blieben größtenteils unbeantwortet: Zum Beispiel war nicht klar, wer genau die Staatsgeschäfte leiten, die Wirtschaft kontrollieren und den Klassengegner niederhalten sollte. Das Proletariat als Ganzes würde wohl kaum den neuen Klassenstaat »regieren« können; dies konnten wiederum nur einzelne Gruppen oder Parteien, die aber »nicht gleichbedeutend« mit einer Klasse waren.¹³ Sollten die Kommunisten, denen Marx und Engels eine höhere »Einsicht« in den Gang der Geschichte attestierten¹⁴, diese neuen und umfangreichen Aufgaben wahrnehmen?

Die wenigen Anhaltspunkte, die Marx und Engels für ein »allgemeingültiges Modell« der Diktatur des Proletariats der Nachwelt hinterließen, sorgten schon wenige Jahre nach ihrem Tod für lang anhaltende Interpretationsdebatten. Hatte Marx als Beispiel einer sol-

9 Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms. Aus dem Nachlass von Karl Marx, in: *Die Neue Zeit* 9, 1890/91, Nr. 18, 1. Bd., S. 561–575, hier: S. 573.

10 *Eric Hobsbawm*, *Wie man die Welt verändert. Über Marx und Marxismus*, München 2012, S. 72.

11 Entsprechende »despotische Eingriffe« sollten unter anderem zuerst zur »Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats«, zur »Zentralisation des Transportwesens«, zur »Vermehrung der Nationalfabriken«, zur Erarbeitung eines »gemeinschaftlichen Plans« und zur »Errichtung industrieller Armeen« führen. *Karl Marx/Friedrich Engels*, *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: MEW, Bd. 4, Berlin (Ost) 1977, S. 459–493, hier: S. 481f.

12 Marx und Engels subsumierten unter dem Staatsbegriff vor allem die »Regierung über Personen« (das heißt die repressive Seite); allerdings waren die »Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen«, die beide in diesem Kontext ausklammerten, ebenfalls Staatstätigkeiten. *Friedrich Engels*, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, in: MEW, Bd. 20, Berlin (Ost) 1972, S. 262.

13 *Karl Kautsky*, *Die Diktatur des Proletariats*, Wien 1918, S. 15.

14 *Marx/Engels*, *Manifest der Kommunistischen Partei*, S. 474.

chen Diktatur die Pariser Kommune genannt, die zwar das allgemeine Wahlrecht kannte, jedoch nicht die Gewaltenteilung, ließ sich der späte Engels die Bemerkung abringen, dass die »demokratische Republik« sogar die »spezifische Form der Diktatur des Proletariats« sei.¹⁵ Engels scheint zu seinem Lebensende hin (1895) die These vertreten zu haben, dass aufgrund des stetigen Wachstums der deutschen Sozialdemokratie bei Reichstagswahlen die Übergangsperiode auch mit dem Stimmzettel eingeführt werden könnte.¹⁶ Eine solche Interpretation entsprach ganz der Linie dieser deutschen Sozialdemokratie, die sich mit ihrem Erfurter Programm von 1891 weitgehend Marx verpflichtet hatte. In dem Programm war zwar nicht »expressis verbis« von der Diktatur des Proletariats die Rede¹⁷, doch von der Übernahme der »politischen Macht« durch das Proletariat, den marxischen Entwicklungsgesetzen und dem Endziel einer klassenlosen Gesellschaft. Der von Marx noch 1875 kritisierte »freie Volksstaat« war nun getilgt, doch blieb als Kernforderung das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht erhalten.

Engels letzter Hinweis auf das allgemeine Wahlrecht als das »Werkzeug der Befreiung«¹⁸ wurde später nicht nur »zum Banner des Revisionismus«, wie Uwe-Jens Heuer meint¹⁹; auch für Karl Kautsky, den anerkannten Theoretiker der SPD und Engels' langjährigen Freund, war der Parlamentarismus das definitive »Instrument der Diktatur des Proletariats«. In einem Brief von 1893 äußerte Kautsky über das halbabsolutistische Deutschland:

»Meiner Meinung nach leiden wir in Deutschland nicht an zuviel, sondern an zu wenig Parlamentarismus, und es wird die Aufgabe des Proletariats sein, nachzuholen, was die deutsche Bourgeoisie in ihrer Feigheit versäumt, ein wirkliches parlamentarisches Regime zu schaffen. [...] Für die Diktatur des Proletariats kann ich mir aber eine andere Form nicht denken, als die eines kraftvollen Parlaments nach englischem Muster mit einer sozialdemokratischen Mehrheit und einem starken und bewussten Proletariat hinter sich.«²⁰

Während Kautsky den Kampf um einen »wirklichen Parlamentarismus« als »Entscheidungskampf der sozialen Revolution« betrachtete und hier den »Sieg des Proletariats« erwartete²¹, sahen seine späteren Gegenspieler vom linken und rechten Flügel, Rosa Luxemburg und Eduard Bernstein, den Parlamentarismus unter anderen Gesichtspunkten.

Für Luxemburg spielte der Parlamentarismus – anders als die von ihr betonte Spontaneität der Massen – keine hervorgehobene Rolle; für Bernstein, der die Diktatur des Proletariats ohnehin für eine »Phrase«²² hielt, die man besser nicht verwenden sollte, eine ebenso große wie Kautsky. Nur ging Bernstein mit einigem Recht nicht mehr von einem »Entscheidungskampf der sozialen Revolution« und einem »Endziel« aus, zu dem der Parlamentarismus führen müsse. Vielmehr versuchte er, wichtige Elemente der liberalen Demokratie (zum Beispiel Gewaltenteilung, Minderheitenrechte) in die sozialdemokrati-

15 *Friedrich Engels*, Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfes 1891, in: MEW, Bd. 22, Berlin (Ost) 1963, S. 225–240, hier: S. 235.

16 Hatte sich Engels noch 1891 gegen den friedlich-evolutionären Weg zum Sozialismus ausgesprochen, plädierte er nach der – für die SPD so erfolgreich verlaufenen – Reichstagswahl von 1893 für das allgemeine Wahlrecht als »Werkzeug der Befreiung«. Ebd., S. 234; *ders.*, Einleitung zu Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich«, in: ebd., S. 509–527, hier: S. 519.

17 So *Thomas Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 564.

18 *Engels*, Einleitung zu Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich«, S. 519.

19 *Heuer*, Marxismus und Demokratie, S. 119.

20 Zit. nach: *Dieter Grosser*, Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs, Den Haag 1970, S. 33f.

21 Ebd., S. 33f. und 88.

22 *Eduard Bernstein*, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin 1921, S. 182 (Erstausgabe Stuttgart 1899).

sche Programmatik einzuführen²³, die bei Marx und Engels »Leerstellen« geblieben waren.²⁴ Mit dieser Art »Revisionismus« gelang ihm in der Vorkriegssozialdemokratie zwar nicht der Durchbruch, doch setzte sich mit der Spaltung der SPD im Krieg seine Auffassung sukzessive in den Führungszirkeln der Mehrheitssozialdemokratie durch.²⁵

Einen diametral entgegengesetzten Weg der Interpretation und Verwirklichung der Diktatur schlug der radikal linke Flügel der russischen Sozialdemokratie (Bolschewiki) unter Führung Lenins ein. Der energische und machtbewusste Parteiführer rückte den Begriff der Diktatur des Proletariats in den »Mittelpunkt seiner kaderparteilichen Macht-ergreifungsstrategie« und lud sie voluntaristisch auf.²⁶ Der Begriff der Diktatur des Proletariats wurde bereits im neuen russischen Parteiprogramm von 1903 hervorgehoben und begründet sowie in Lenins Schrift »Staat und Revolution« (1917) jetzt eindeutig im Sinne eines repressiven Apparates (das heißt als Regierungsform) gedeutet. In der Praxis, das heißt nach dem erfolgreichen Oktoberputsch von 1917, setzte Lenin ganz auf die neuen »parlamentarischen« Klassenvertretungen, die Arbeiter- und Bauernräte (beziehungsweise Sowjets), die in der Räte-Tradition der Russischen Revolution von 1905 standen. Die erst im Spätherbst 1917 von allen Bevölkerungsschichten gewählte Nationalversammlung ließ er dagegen kurz darauf und aufgrund des schwachen Abschneidens der eigenen Partei gewaltsam auseinandertreiben. Als entscheidend sollte sich allerdings nicht das Räte-system, sondern die bald exklusive Stellung von Lenins bolschewistischer Partei erweisen, die als zentralistisches Instrument relativ schnell den neu gebildeten Staatsapparat beherrschte und ebenso rasch versuchte, die Wirtschaft des Landes zu sozialisieren und zentral zu steuern.

In seiner im Frühjahr 1918 erschienenen Schrift »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht« legte der neue Partei- und Staatschef offen, wo er die zentralen Aufgaben der Diktatur nach der erfolgreichen Phase der Machteroberung erblickte. Es waren dies die Verwaltung des Landes sowie die »Niederhaltung des Widerstandes der Ausbeuter« und deren »Helfershelfer«, wobei er in diese Kategorie auch die sozialistische Konkurrenz (Menschewiki und rechte Sozialrevolutionäre) einordnete. Sein Hauptaugenmerk legte er dabei eindeutig auf die repressive Seite der Diktatur, die »ohne Zwang«, ohne Bürgerkrieg, ohne die »Vernichtung« der Bourgeoisie und die Verfolgung der linken Konkurrenz keinen Übergang zum Sozialismus bewerkstelligen könne. Die militante Sprache (»eiserne Hand«, »eiserne Macht«, »schonungslose Unterdrückung«) und die legitimierte »Anwendung der diktatorischen Gewalt einzelner Personen« wiesen die Richtung in ein neuartiges totalitäres Einparteiensystem.²⁷ Es war in dieser Situation Karl Kautsky (USPD), der die neue Diktatur im Frühsommer 1918 einer harschen Kritik unterzog. Dabei verwies er sowohl auf das gravierende demokratische Legitimationsproblem des neuen Staats als auch auf die fehlenden sozialökonomischen Voraussetzungen in Russland. Lenins Diktatur sei gleich in zweifacher Hinsicht keine Diktatur der Mehrheit: Die jetzt herrschende Partei

23 Vgl. *Francis Ludwig Carsten*, Eduard Bernstein 1850–1932. Eine politische Biographie, München 1993, S. 65–107.

24 Vgl. die entsprechende Kritik bei: *Alexander und Gesine Schwan*, Sozialdemokratie und Marxismus. Zum Spannungsverhältnis von Godesberger Programm und marxistischer Theorie, Hamburg 1974, S. 144ff.

25 Im Krieg war Bernstein allerdings nicht Mitglied der mehrheitssozialistischen MSPD, sondern – aus pazifistischen Motiven – Mitglied der linkspazifistischen USPD, der auch Kautsky und Luxemburg angehörten. In der MSPD wirkten unter anderem Eduard David und Wilhelm Kolb im revisionistischen Geist Bernsteins.

26 *Mike Schmeitzner*, Was war die DDR? Anmerkungen zum Selbstverständnis einer »Diktatur des Proletariats«, in: *Deutschland Archiv* 42, 2009, S. 1042–1051.

27 *Vladimir I. Lenin*, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: *ders.*, Werke, Bd. 27, Berlin (Ost) 1960, S. 225–268, hier: S. 232, 234f., 254, 256 und 259.

der Bolschewiki habe im Namen des Proletariats, aber nicht einmal als dessen stärkste Partei, eine bürokratisch organisierte Herrschaft über das Proletariat und andere soziale Klassen aufgerichtet, zudem bilde das Proletariat nur eine Bevölkerungsminderheit.²⁸

Kautskys »beeindruckend geschlossene Argumentation« stellte jedoch mit Blick auf den Diktaturbegriff ganz auf deren »gesellschaftlichen Zustand«, nicht aber auf ihre Regierungsform ab; so vermochte er die sozialdemokratische Mehrheit in einer parlamentarischen Demokratie weiter als proletarische Diktatur auszugeben und die potenziell repressive Seite dieser Art von Diktatur auszublenden.²⁹ Lenins Antwort kam indes postwendend: Noch 1918 veröffentlichte der Sowjetführer eine üble Suada über den »Renegaten Kautsky« (»Lump«, »süßlicher Dummkopf«, »Dutzendliberaler«), die sein System des »roten Terrors«, der Revolutionstribunale und Lager rechtfertigte: Hierin definierte er die Diktatur als »eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist.«³⁰ Diese Deutung blieb auch für die deutsche Entwicklung nicht folgenlos, die mit der Kriegsniederlage von 1918 revolutionäre Züge erhielt.

II. DIE NOVEMBERREVOLUTION ALS DIKTATURENTFALTUNG?

Obwohl die deutsche Revolution nach dem 9. November 1918 eine andere Entwicklung als in Sowjetrußland nahm und auch kaum mit den vagen Vorstellungen von Marx und Engels in Zusammenhang gebracht werden kann, versuchten führende Protagonisten von MSPD und USPD, die kurze Übergangsphase³¹ als »Diktatur des Proletariats« zu definieren. Einer der wenigen MSPD-Politiker, die das so sahen, war ausgerechnet der spätere zweifache Reichskanzler und SPD-Vorsitzende Hermann Müller. Er, der während der Revolution sowohl dem MSPD-Parteivorstand als auch den höchsten Revolutionsorganen angehörte, betrachtete im Nachhinein die Ära (November 1918–Januar 1919) als eine »Übergangszeit«, die »sozusagen die Periode der Diktatur des Proletariats« darstellte. Müllers Begründung schien auf den ersten Blick überzeugend: »In der Zeit bis zur Einberufung der verfassungsgebenden Nationalversammlung arbeiteten Reichs- und preußische Regierung ohne Kontrolle einer Volksvertretung nebeneinander. Beide waren rein sozialistische Regierungen, die ihr Daseinsrecht aus dem Willen der Arbeitermassen herleiteten.« Selbst die Soldaten seien bis zur Demobilisierung »nichts als feldgrau eingekleidete Arbeiter und Angestellte« gewesen.³² Ganz ähnlich äußerte sich der USPD-Vorsitzende Hugo Haase im Frühjahr 1919; er, der gemeinsam mit Friedrich Ebert (MSPD) den Rat der Volksbeauftragten geleitet hatte, habe eine »Zeit lang die Diktatur ausgeübt.«³³

28 Vgl. *Kautsky*, Die Diktatur des Proletariats, S. 60.

29 *Zaruskys*, Die deutschen Sozialdemokraten, S. 54. Neben Zaruskys Standardwerk sei mit Blick auf die Rezeption des Bolschewismus in der deutschen Sozialdemokratie auf folgende Werke verwiesen: *ders.*, Demokratie oder Diktatur. Karl Kautskys Bolschewismuskritik und der Totalitarismus, in: *Mike Schmeitzner* (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007, S. 49–68; *Schöler*, »Despotischer Sozialismus«; *Peter Lösche*, Der Bolschewismus im Urteil der Deutschen Sozialdemokratie, Berlin (West) 1967; *Beate Häupel*, Karl Kautsky. Seine Auffassungen zur politischen Demokratie. Eine ideengeschichtliche Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung seines Modells der politischen Institutionen, Frankfurt am Main 1993.

30 *Vladimir I. Lenin*, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: *ders.*, Werke, Bd. 28, Berlin (Ost) 1970, S. 225–337, hier: S. 225, 229, 234 und 265.

31 Gemeint ist die kurze Phase zwischen dem 9.11.1918 und dem 19.1.1919, dem Tag der Wahlen zur Nationalversammlung.

32 *Hermann Müller*, Die November-Revolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 88f.

33 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919, Berlin 1919, S. 244.

Gewiss handelte es sich bei diesen Zuschreibungen um Rückprojektionen, die etwa Klaus-Michael Mallmann unter Verweis auf eine andere Quelle historisch gesehen zwar als »Hohn«, aber auch als »Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats« betrachtete.³⁴ Dass es hierbei aber nicht nur um symbolische Bekenntnisse post festum ging, zeigen verwandte Äußerungen aus der unmittelbaren Revolutionszeit: Wieder war es nämlich Haase, der noch in der zweiten November-Hälfte 1918 öffentlich erklärte, dass – angesichts der auch von ihm befürworteten Einberufung einer Nationalversammlung – die jetzt herrschende Diktatur des Proletariats kein »ewiger Zustand« sein könne.³⁵ Auch Rudolf Hilferding, Chefredakteur des Berliner USPD-Organs »Freiheit« und einer der führenden Parteitheoretiker, bezweifelte Mitte November 1918 nicht, gerade an einer solchen Diktatur mitzuwirken, sprach er sich doch ebenso wie Haase gegen eine unbeschränkte Fortdauer der »Diktatur des Proletariats der Räte« aus.³⁶ Manch eines der prominenten USPD-Organen wählte sich sogar in einer »Epoche der Diktatur des Proletariats«.³⁷

Nur wenige Monate später und um entscheidende Erfahrungen reicher, wollten führende USPD-Politiker solche oder ähnliche Bewertungen nur noch eingeschränkt gelten lassen. Arthur Crispian, der im März 1919 zum Ko-Vorsitzenden der USPD gewählt worden war, erklärte Ende 1919, dass »wir [...] schon einmal in Deutschland eine Diktatur des Proletariats« hatten – »freilich nur für zwei, drei Tage lang, im November 1918«.³⁸ Haases Gegenspieler an der Spitze der USPD, der Räte-Theoretiker Ernst Däumig, gab sich in dieser Frage großzügiger und argumentierte ähnlich wie Hermann Müller: »Die Tatsache, dass überall die Arbeiterräte sich weitgehende Machtvollkommenheiten anmaßten, brachte es mit sich, dass wir in jenen Tagen, wenn nicht formell, so doch tatsächlich die Diktatur des Proletariats hatten.« Allerdings betrachtete Däumig die Entscheidung des Reichsrätekongresses von Mitte Dezember 1918, eine Nationalversammlung einzuberufen, als einen »Bankrott der proletarischen Machtentfaltung«, der nur möglich gewesen sei, weil in den Reihen der MSPD und der USPD die »demokratische Ideologie« überwogen habe.³⁹ Ein anderes Kriterium machte im Sommer 1919 Rudolf Hilferding geltend, als er seine vormalige Sicht einer kritischen Bewertung unterzog: Auf dem Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands äußerte er sich dahingehend, dass – wenn denn das »deutsche Proletariat am 9. November [1918] die politische Macht wirklich erobert hätte« – dann doch die Sozialisierung »keine Frage mehr zu sein« brauchte.⁴⁰

Die genannten Beispiele lassen deutlich werden, dass selbst diejenigen, die sich während der ersten Phase der Revolution noch in einer »Epoche der Diktatur des Proletariats« wähnten, sich kurze Zeit später revidieren mussten, weil sie zu einem die »proletarische Machtentfaltung« im Ergebnis einer Selbstausschaltung der Räte als gescheitert betrachteten, und zum anderen – und damit in einem gewissen Kontext stehend – die Frage der Sozialisierung als ungelöst ansahen. Wenn also Müller und Haase die Ära der Volksbe-

34 Klaus-Michael Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996, S. 24.

35 Eine Programmrede Haases, in: *Leipziger Volkszeitung*, 29.11.1918.

36 Rudolf Hilferding, *Revolutionäres Vertrauen!*, in: *Leipziger Volkszeitung*, 19.11.1918. Hierbei handelt es sich um einen Nachdruck aus dem Berliner USPD-Blatt »Freiheit«.

37 Um die Nationalversammlung, in: *Leipziger Volkszeitung*, 21.11.1918.

38 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der USPD in Leipzig vom 30.11. bis 6.12.1919, Berlin 1920, S. 224.

39 Protokoll über die Verhandlungen der ordentlichen Landesversammlung der USP Sachsens, abgehalten am 12. und 13. September 1920 im Volkshaus zu Leipzig, hrsg. v. der USP Sachsens, Leipzig 1920, S. 43f.

40 Referat Hilferding zur Sozialisierungsfrage, in: Protokoll der Verhandlungen des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Nürnberg vom 30. Juni bis 5. Juli 1919, Berlin 1919, S. 560.

auftragten als Diktatur des Proletariats ausgaben – war das dann historisch gesehen ein Hohn (Mallmann), mit Blick auf Marx, Engels und Lenin nur eine Farce, für manche (Müller, Haase) ein Missverständnis und für viele USPD-Funktionäre eine Art Selbsttäuschung? War eine Klassendiktatur denn überhaupt gewollt?

Man kommt der Beantwortung dieser Fragen etwas näher, wenn man die politisch-programmatischen Ausgangspositionen der beiden sozialdemokratischen Parteien genauer betrachtet. Die MSPD hatte sich in verstärktem Maße nach der Abspaltung des linkspazifistischen Flügels versucht, reformsozialistisch auszurichten, ohne allerdings das grundsätzliche Bekenntnis zum Sozialismus aufzugeben. Wie weit die Partei in diesem Prozess gekommen war, zeigt der Entwurf eines Aktionsprogramms vom Mai 1918. In dem vom Würzburger Parteitag (1917) inspirierten Papier wurde zur »zielbewussten Mitarbeit« an der »Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse« aufgerufen, womit eine »weitblickende Sozialpolitik« sowie eine Demokratisierung und Parlamentarisierung gemeint war. Obwohl der neue Entwurf das Erfurter Programm nicht »aufheben«, sondern nur »ergänzen« sollte⁴¹, wurde er doch auch als Abschied von der »revolutionären Phrase« und von »Utopien« angesehen. In demselben Beitrag war allerdings auch die Rede davon, es nicht nur bei der Sozialpolitik zu belassen: Der Beginn der »eigentlichen Sozialisierung« werde nach Kriegsende erfolgen.⁴²

Die Politik der reformsozialistischen »kleinen Schritte« veranlasste jedenfalls die MSPD-Führung dazu, im Oktober 1918 in die kaiserliche Reformregierung des Prinzen Max von Baden einzutreten. Kurz zuvor und unter dem Eindruck der Kriegsniederlage sowie der US-amerikanischen Friedensforderungen war im Reich die Parlamentarisierung eingeleitet worden. Was die Partei in jenen Wochen erstrebte, war ein Regierungsbündnis mit der katholischen Zentrumsparlei und den Linksliberalen, mit denen man bereits seit 1917 interfraktionell zusammenarbeitete; was sie nicht erstrebte, waren Revolution und Klassendiktatur. Als der revolutionäre Flächenbrand dann doch am 9. November 1918 die Reichshauptstadt erreichte, avancierte der MSPD-Vorsitzende Friedrich Ebert unversehens zum letzten kaiserlichen Kanzler und – wider Willen – binnen 24 Stunden zum Volksbeauftragten einer Revolutionsregierung.⁴³

Anders als die MSPD zielte die USPD – im Zusammenspiel mit den Revolutionären Obleuten der Berliner Betriebe – auf eine Revolutionierung von Staat und Gesellschaft. Der von der MSPD vertretene »Klassenkompromiss« lag ihr durchaus fern, eine proletarische Herrschaft sehr viel näher, da sich nur so die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in sozialistische umformen ließen. Wie eine proletarische Herrschaft beziehungsweise Diktatur ins Werk gesetzt werden sollte, darüber gingen die Ansichten in einer Partei, die damals noch den stärker parlamentarisch fixierten Mehrheitsflügel um Haase, Hilferding und Kautsky, aber auch die aktionistische Obleute-Gruppe um Richard Müller, Ernst Däumig und Emil Barth sowie die radikal linke Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht umfasste, auseinander. Einig war sich die stark fragmentierte Partei nur in der Schaffung und Legitimierung von Arbeiter- und Soldaten-Räten (ASR), die überall – und nach sowjetrussischem Vorbild – spontan entstanden. Doch selbst in

41 Ein Aktionsprogramm für die Sozialdemokratische Partei, in: Chemnitzer Volksstimme, 24.5.1918.

42 Das neue Aktionsprogramm, in: Chemnitzer Volksstimme, 27.5.1918. Am 1.7.1918 veröffentlichte dasselbe Blatt einen Leitartikel Heinrich Cunows (»Zur Kritik des neuen Aktionsprogramms«), der mehr die parteipolitische Aktionsfähigkeit denn die programmatische Revision herausstrich.

43 *Heinrich August Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984, S. 45–58; *Walter Mühlhausen*, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2007, S. 98–114.

dieser Frage traten bald innerparteiliche Risse zutage, da die Parteilinke in den ASR nur mehr die alleinigen Träger der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung erblickte.⁴⁴

Wie stark die innerparteilichen Vorstellungen in der USPD sowie zwischen dieser Partei und der MSPD auseinanderdrifteten, wurde nirgends deutlicher als während der »Koalitionsverhandlungen«, die beide Parteispitzen unter dem Druck ihrer Anhänger am 9. und 10. November 1918 aufnahmen. Hier gelang es einer geschickt agierenden MSPD-Führung, das von der USPD-Spitze unter maßgeblicher Mitarbeit Liebknechts entworfene Programm einer Klassendiktatur zu »entkernen«. Auf Ablehnung stieß in der Führung der MSPD vor allem die von Liebknecht aufgestellte Forderung, in der neuen »sozialen Republik« die »gesamte exekutive, legislative und die jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten« zu konzentrieren, was die faktische Ausschaltung des Parlamentarismus und der Gewaltenteilung bedeutet hätte. Die MSPD wies die Forderung mit der Bemerkung zurück, dass – falls »mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint« sei, »hinter dem nicht die Volksmehrheit« stehe – sie hier den Trennungsstrich ziehen müsse, weil damit eigene »demokratische Grundsätze« aufgegeben werden würden. Des Weiteren lehnte sie den »Ausschluss aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung« mit dem Hinweis auf eine dann gefährdete »Volksernährung« ab und trat für die Gleichberechtigung aller sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder ein. Letztlich einigten sich die Parteien auf einen paritätisch zusammengesetzten Rat der Volksbeauftragten, dem die bürgerlichen Fachminister als »technische Gehilfen« untergeordnet waren, und darauf, dass die »politische Gewalt« in den »Händen der Arbeiter- und Soldatenräte« liege, die »alsbald« zu einer reichsweiten »Vollversammlung« zusammengerufen werden sollten. Erst nach der »Konsolidierung« der von der Revolution geschaffenen Zustände sollte die Frage der Konstituante, das heißt der Nationalversammlung als Institution aller Bevölkerungsschichten, zur »Erörterung« kommen.⁴⁵ Die USPD hatte diesem »gestutzten« Programm erst in Haases Anwesenheit und unter dem Einheitsdruck von Anhängern beider Lager zugestimmt.⁴⁶

Die von MSPD und USPD paritätisch besetzten Spitzengremien, der sechsköpfige Rat der Volksbeauftragten und der etwas größere Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte als Kontrollorgan des ersteren, markierten in der Tat einen Bruch mit den bisherigen politischen Institutionen. Sie waren insofern »diktatorisch«, als Vertreter sozialistischer Parteien sie komplett beherrschten, ohne sich von einem Parlament kontrollieren lassen zu müssen. Der 1912 gewählte Reichstag wurde per »Revolutionsrecht« als nicht mehr existent betrachtet. Andererseits – und das war der signifikante Unterschied zur sowjetrussischen Entwicklung – betrachteten MSPD und USPD-Mehrheit die Räteherrschaft von vornherein nur als eine zeitweilige Ära, die von der Wahl einer Nationalversammlung abgelöst werden würde. Während die MSPD die schnellstmögliche Einberufung eines solchen Parlaments anstrebte, plädierte der Mehrheitsflügel der USPD für eine spätere Wahl, um zuvor noch gesellschaftliche Weichenstellungen einleiten zu können.

44 Vgl. *Hans Mommsen*, *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933*, Berlin 1998, S. 40f.

45 Schreiben des Vorstandes der SPD an den Vorstand der USPD vom 9.11.1918 (abends 20:30 Uhr) und Antwort des Vorstandes der USPD an den Vorstand der SPD vom 10.11.1918, in: *Gerhard A. Ritter/Susanne Miller* (Hrsg.), *Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente*, Frankfurt am Main 1983, S. 89f.

46 Zur Atmosphäre der Verhandlungen und dem Einfluss Liebknechts vgl. *Eduard Bernstein*, *Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik*, hrsg. und eingeleitet v. *Heinrich August Winkler* und annotiert v. *Teresa Löwe*, Bonn 1998, S. 59–70.

Die Liquidierung des parlamentarischen Systems war für den Mehrheitsflügel der USPD und erst recht für die MSPD aufgrund der eigenen jahrzehntelangen Verankerung in diesem System und ihrem Kampf für das allgemeine Wahlrecht undenkbar. Wohl am pointiertesten hat Friedrich Ebert diese Position vertreten, der immer wieder darauf hinwies, dass die Revolution keine neue »Knechtschaft«⁴⁷ oder »Klassendiktatur« aufrichten dürfe.⁴⁸

In den Wochen nach dem 9. November wurde vollends klar, dass mithilfe der »diktatorischen« Institutionen an der Spitze des Reiches keine klassendiktatorische Politik verwirklicht werden würde. Die Frage »Erfurt oder Würzburg?«, die manch prominentes USPD-Blatt stellte⁴⁹, beantwortete die MSPD im Sinne letzterer, da sie gar nicht daran dachte, das Bürgertum ökonomisch und politisch auszuschalten und sich so in die Wirren eines Bürgerkriegs zu stürzen. Die enormen Handlungszwänge, mit denen sich der Rat der Volksbeauftragten konfrontiert sah, und die mit der Herbeiführung erträglicher Friedensbedingungen, der Sicherung der Ernährungslage und der anstehenden Demobilisierung von Millionen deutscher Soldaten nur unvollständig beschrieben sind, ließen ihm in dieser Hinsicht wohl auch gar keine andere Wahl. Der Rat, in dem Ebert führend tätig war, unterstrich gerade zu Anfang mit bedeutenden Reformen, dass er *keine* diktatorischen Ziele verfolgte: So wurde der Belagerungszustand aufgehoben, maßgebliche Grundrechte wie das Vereins- und Versammlungsrecht sowie die Meinungs- und Pressefreiheit gesichert und eine Amnestie für politische Straftaten erlassen. Dadurch war es auch den bürgerlichen Parteien und Organisationen möglich, sich neu zu formieren und mithilfe der eigenen Presse Forderungen zu artikulieren.⁵⁰ Vollständig verzichtet wurde zudem auf das Instrument der Revolutionstribunale – wohl nicht zuletzt auf dringendes Zuraten Haases, der als Jurist ein entsprechendes Ansinnen so kommentiert haben soll: »Nach Einsetzung solcher Tribunale sei nie gewiss, wer zuletzt aktiv und wer passiv mit ihnen zu tun bekomme.«⁵¹

Derselbe Rat der Volksbeauftragten, der in diktatorischer Hinsicht nicht einmal schemenhaft an Robespierres Wohlfahrtsausschuss oder Lenins Rat der Volkskommissare erinnerte, musste sich nur einmal von der bürgerlichen Opposition und Presse vorwerfen lassen,

47 »Demokratie und Sozialismus«. Rede des Volksbeauftragten Ebert am 1.12.1918, abgedr. in: Vorwärts, 2.12.1918, zit. nach: *Richard Müller*, Vom Kaiserreich zur Republik, Bd. 2: Die Novemberrevolution, Wien 1925, S. 286.

48 Eröffnungsrede Eberts auf dem Reichsrätekongress am 16.12.1918, zit. nach: *Mühlhausen*, Friedrich Ebert, S. 127.

49 Erfurt oder Würzburg?, in: Leipziger Volkszeitung, 18.11.1918. In dem Leitartikel diskutierte das Blatt die Frage, ob denn die MSPD – wie im Erfurter Programm beschrieben – die gesamte politische Macht für das Proletariat anstrebe oder nur einen Teil (wie im Würzburger Programmentwurf angedeutet), um so das liberale Bürgertum an der Macht zu beteiligen. Die MSPD müsse sich jetzt entscheiden, die USPD stehe nach wie vor hinter »Erfurt« als Programm.

50 Der neun Punkte umfassende »Aufruf« des Rates der Volksbeauftragten wurde »mit Gesetzeskraft« am 12.11.1918 erlassen. Vgl. Das Programm des Rats der Volksbeauftragten, in: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Erster Teil, eingeleitet von *Erich Matthias*, bearbeitet von *Susanne Miller* unter Mitwirkung von *Heinrich Potthoff*, Düsseldorf 1969, S. 37f.; vgl. auch *Bernstein*, Die deutsche Revolution, S. 82. Schon Arthur Rosenberg, der bedeutende linke Historiker und Politiker, hatte auf den Umstand, dass der Rat der Volksbeauftragten zwar »mit diktatorischer Gewalt« regierte, aber »keine ernsthafte Diktatur gegen Andersdenkende« ausübte, hingewiesen. Vgl. *Arthur Rosenberg*, Geschichte der Weimarer Republik, Hamburg 1991 (Erstausgabe unter dem Titel »Geschichte der deutschen Republik«, Karlsbad 1935), S. 27 und 40.

51 Dem Problem der Revolutionstribunale widmete der spätere SPD-Kanzler in seinen Memoiren einen längeren Abschnitt. *Müller*, Die November-Revolution, S. 133.

diktatorisch tätig geworden zu sein: Als der bisherige Reichstagspräsident Konstantin Fehrenbach (Zentrum) die Einberufung des alten Reichstags forderte, um die neue Regierung zu legitimieren und eigenen Einfluss geltend zu machen, holte er sich eine Abfuhr. Auch als daraufhin die bürgerliche Presse eine Kampagne eröffnete und der Regierung vorwarf, die »uneingeschränkte Diktatur einer Klassenherrschaft« auszuüben⁵², blieb diese hart. Ebert und Haase beharrten auf dem Revolutionsrecht, das ihnen die »gesetzgebende Gewalt« übertragen habe.⁵³ Doch repressive Maßnahmen gegen Fehrenbach, nach denen linke Blätter reflexhaft riefen, ergriffen sie nicht.⁵⁴ Im Übrigen war das gerade in jenen Tagen entworfene neue Wahlgesetz für die Nationalversammlung mit der Einführung eines Frauen- und Verhältniswahlrechtes tatsächlich wesentlich demokratischer als das alte Männermehrheitswahlrecht des kaiserlichen Reichstags.

Wie wenig der Vorwurf der »Klassenherrschaft« tatsächlich taugte, wird nicht zuletzt daran sichtbar, in welchem hohem Maße sich vor allem die MSPD mit den alten Eliten arrangierte. Dies wurde nirgends deutlicher als mit Blick auf die Kontinuität der Verwaltungseliten, die bis in die höchsten Spitzen der Regierungsapparate reichte. Selbst für die Beibehaltung der bürgerlichen Fachminister beziehungsweise Staatssekretäre hatte sich – wie erwähnt – die MSPD noch am 9. und 10. November starkgemacht; sie war es auch, die am 15. November den linksliberalen Staatsrechtler Hugo Preuß zum neuen Staatssekretär des Innern und »Verfassungsvater« bestellte. Andererseits fiel es der USPD nicht leicht, den bisherigen Außenamtschef Wilhelm Solf, der hinter dem Rücken des zuständigen Volksbeauftragten Haase agierte⁵⁵, einfach abzurufen. Auch dieser Partei – und nachgerade Haase – war klar, dass die »harten Waffenstillstandsbedingungen«, die »Notwendigkeit der überstürzten Demobilisierung« und die Ernährungspolitik »mehr als sonst die Aufrechterhaltung des eingearbeiteten Verwaltungsapparates« erforderten; ungeachtet dessen ging ihr die Beibehaltung von altem Spitzenpersonal in Schlüsselstellungen viel zu weit.⁵⁶

Das betraf aus ihrer Sicht auch die Eliten in Wirtschaft und Armee. Gerade im Wirtschaftsbereich kollidierte der Regierungsanspruch, »Demokratie und Sozialismus« auf den Weg bringen zu wollen⁵⁷, mit dem Abkommen, das Arbeitgeberverbände und Freie Gewerkschaften am 15. November vereinbart hatten. Für die darin ausgehandelte Anerkennung der Freien Gewerkschaften als Tarifpartner und die Einführung des Achtstundentages verzichteten die Gewerkschaften auf Forderungen nach Eigentumsveränderungen in der Wirtschaftsstruktur. Sah sich die Regierung in diesem Bereich ebenfalls Handlungszwängen ausgesetzt, die sie in Konflikte mit den eigenen Anhängern bringen musste, erwies sich Ebert in der Militärfrage sprichwörtlich als »Konkursverwalter« des alten Systems.⁵⁸ Ohne wirkliche Abstimmung mit dem Koalitionspartner besiegelte er bis Jahresende ein informelles Bündnis mit der Spitze der alten Obersten Heeresleitung (OHL) um Paul von Hindenburg und Wilhelm Groener, das militärische Neuordnungsvorstellungen

52 Der Konflikt mit dem Reichstag, in: Posener Tageblatt, 14.12.1918.

53 Telegramm des Rates der Volksbeauftragten an Fehrenbach vom 3.12.1918, zit. nach: Um den alten Reichstag, in: Leipziger Volkszeitung, 5.12.1918.

54 In ihrem Leitartikel »Die Gegenrevolution hat einen Kopf« forderte die Leipziger Volkszeitung der USPD am 13.12.1918 gar Fehrenbachs Verhaftung.

55 Vgl. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 73.

56 Hugo Haase an seinen Sohn Ernst Haase vom 26.11.1918, in: Ritter/Miller, Die deutsche Revolution, S. 94.

57 In einer so überschriebenen Rede erklärte Ebert die parlamentarische Demokratie und die Vergesellschaftung dafür »reifer« Wirtschaftsbranchen zum Ziele seiner Politik. »Demokratie und Sozialismus«. Rede des Volksbeauftragten Ebert am 1.12.1918.

58 So die bezeichnende Selbstdarstellung Eberts bei der Eröffnung der Nationalversammlung am 6.2.1919, in: Ritter/Miller, Die deutsche Revolution, S. 208.

›von unten‹, von den Soldatenräten, konterkarieren musste.⁵⁹ Als »Gründungsväter« der Republik traten vor allem die Volksbeauftragten der MSPD, die alle Weichenstellungen bis nach den Wahlen vertagen wollten, gerade nicht in Erscheinung.⁶⁰

Gab also die Politik des Rates der Volksbeauftragten wenig Anlass, von einer sozialistischen »Klassendiktatur« zu sprechen, unternahm zumindest Teile des Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte wohl auch deshalb den Versuch, eine Rätediktatur zu verwirklichen. Anders als im Rat der Volksbeauftragten, in dem mit Hugo Haase und Wilhelm Dittmann die gemäßigten USPD-Politiker dominierten, gaben im Vollzugsrat die radikaleren und auf eine Räteherrschaft fixierten Protagonisten der Revolutionären Obleute den Ton an – nämlich Ernst Däumig, Richard Müller und Georg Ledebour (alle USPD). Ihnen ging es tatsächlich darum, den politischen und ökonomischen Einfluss des Bürgertums auszuschalten. Doch dafür war eine knapp bemessene Übergangsdiktatur, die noch dazu keine wirkliche Klassendiktatur sein wollte, aus ihrer Sicht ungeeignet; deshalb sollte an ihrer Stelle eine langfristig angelegte Rätediktatur treten. Ihre Fundamentalablehnung gegenüber der Nationalversammlung beruhte vor allem auf der berechtigten Annahme, dass der dann gegebene Einfluss des Bürgertums eine antisozialistische Mehrheit nicht von vornherein ausschloss. Die Eile, mit der das Bürgertum und dessen neu gegründete Parteien zur Nationalversammlung drängten, bestärkte sie dabei nur in dieser ablehnenden Haltung, die umgekehrt nach Osten hin deutlich offener war.⁶¹

Der Vollzugsrat befasste sich erstmals am 16. November mit dem Programm einer Rätediktatur, wie es Däumig entworfen hatte. In seinem Sechs-Punkte-Programm forderte er die Errichtung einer »proletarischen Republik auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage«, in der nur das »arbeitende Volk [...] öffentliche Rechte ausüben« sollte. Der Vollzugsrat solle sich gegen eine Nationalversammlung erklären, da auf deren Grundlage »bürgerliche Kreise« die »Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen« wollten. Stattdessen verlangte er den Ausbau der Arbeiterräte mit einem Zentralrat an der Spitze, der eine »neue, den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu beschließen« habe.⁶² Erst nach heftigen Diskussionen, in die sich vornehmlich Hermann Müller (MSPD) als taktisch versierter Kritiker einschaltete, wurden zwei der sechs Punkte derart verändert, dass nun eine Delegiertenversammlung aller deutschen ASR zusammentreten und einen Zentralrat wählen sollte, der dann seinen Verfassungsentwurf einer – jetzt doch – zu schaffenden Nationalversammlung vorzulegen hatte.⁶³

59 Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 70, spricht in diesem Zusammenhang von »fahrlässigen Versäumnissen der Volksbeauftragten«. Hier auch (S. 111) die Bezeichnung »Bündnis Ebert-Groener«.

60 So die pointierte Bewertung von Heinrich August Winkler, Vom Kaiserreich zur Republik. Der historische Ort der Revolution von 1918/19, in: ders., Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1997, S. 52–70, hier: S. 57.

61 Vor allem Däumig, der seit Herbst 1916 das »Berliner Mitteilungsblatt« der Unabhängigen geleitet hatte, war »seit der bolschewistischen Oktober-Revolution ein blinder Verherrlicher des Bolschewismus«. So jedenfalls sah es der gemäßigte USPD-Politiker Heinrich Ströbel, Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin 1922, S. 157. Ähnlich auch Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten, S. 75.

62 Protokoll der Sitzung des Vollzugsrates vom 16.11.1918, in: Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Ingo Materna (Hrsg.), Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß, Berlin 1993, S. 72f.

63 Vgl. ebd., S. 73f. Däumigs Programm wurde mit der denkbar knappen Mehrheit von 12 zu 10 Stimmen abgelehnt und das revidierte Programm angenommen. Protokoll der Sitzung des Vollzugsrates vom 17.11.1918, in: ebd., S. 104. Vgl. auch Müller, Die November-Revolution, S. 128; Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 83.

Mit dieser entscheidenden Revision gaben sich die Räte-Protagonisten aber keinesfalls zufrieden. Nun versuchten sie mit einem »Appell an die Massen«⁶⁴, die Diktatur der Räte doch noch auf die Tagesordnung der Geschichte zu setzen. Hierbei spielte der Ko-Vorsitzende des Vollzugsrates, Richard Müller, der für den 19. November eine Massenversammlung ansetzen ließ, die entscheidende Rolle. Mit einer fulminanten Rede, die seine Ziele schonungslos enthüllte, versuchte er Tausende von Arbeitern und Soldaten zu beeindrucken: Wer jetzt, so Müller, die Nationalversammlung wolle, versuche auf diesem Weg die »politische Gewalt in die Hände der Bourgeoisie zurück[zu]geben«. »Wir wollen«, so Müller, aber nicht die »bürgerliche Republik, sondern eine proletarische Republik.« Die Machtmittel, die sich heute in den Händen der ASR befänden, dürften nicht wieder aus der Hand gegeben werden. Die Einberufung einer Nationalversammlung bedeute das »Todesurteil« für die ASR. »Wir«, so Müller, müssten »unsere Macht behaupten, wenn nicht anders, dann mit Gewalt.« Der Weg zur Nationalversammlung, zur »Herrschaft der Bourgeoisie«, sei der »Weg zum Kampf«, und dieser Weg gehe nur über seine eigene »Leiche«. So sehr Müllers Prognose, dass die Einberufung der Nationalversammlung das »Todesurteil« für die ASR bedeute, weitsichtig erschien, so sehr musste seine militante Sprache doch das Gegenteil des Gewollten erreichen. Nachdem sich nicht nur Hermann Müller und Friedrich Ebert, sondern auch noch Hugo Haase gegen Müllers Thesen ausgesprochen hatten, ließen die Befürworter der Räterediktatur über ihre Resolution erst gar nicht mehr abstimmen.⁶⁵

Die Mehrheit der USPD hielt unterdessen klar an ihrer parlamentarischen Grundsatztreue fest. Kautsky etwa sprach sich nunmehr gegen jegliche Formen der Diktatur des Proletariats aus. Sie würde »uns die Möglichkeit rauben, durch die Demokratie unsere Ziele zu erreichen, ohne auch nur im geringsten die Möglichkeit zu schaffen, sie durch die Diktatur durchzusetzen«. Das »Endergebnis des Versuchs der Aufhebung oder Vorenthaltung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, der definitiven Ersetzung einer Nationalversammlung durch eine dauernde Zentralversammlung von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten« sei »nur Bürgerkrieg, völliger ökonomischer Ruin und daher schließlicher Sieg der Konterrevolution«.⁶⁶ Ebenso wie Kautsky warnte auch Hilferding vor dem Kreislauf von Gewalt, Terror und Bürgerkrieg, wie er in Sowjetrußland zu besichtigen sei. Die jetzige Übergangsdiktatur des Rates der Volksbeauftragten müsse noch ausgenutzt werden, um »sozialistische Übergangsmaßnahmen« zu verankern, um dann – mit einer Mehrheit von MSPD und USPD in der Nationalversammlung – die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft weiter zu forcieren.⁶⁷ Vor einem Alleingang der USPD, vor der »Diktatur einer Minderheit« des Proletariats warnte selbst die »Leipziger Volkszeitung«, in der sich längere Zeit Vertreter des linken und gemäßigten Flügels die Waage hielten.⁶⁸

Das Blatt nahm in seiner Prognose vom 30. November die Ergebnisse des Reichsrätekongresses vorweg, der zwei Wochen später in Berlin die entscheidenden Weichenstellungen vornahm: Mit großer Mehrheit entschieden sich die Delegierten für die Einberufung einer Nationalversammlung, wobei die späten Terminvorschläge der USPD (Februar

64 Müller, Die November-Revolution, S. 129.

65 Protokoll der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte im Zirkus Busch am 19.11.1918, in: Engel/Holtz/Materna, Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, S. 153f., 170ff. und 183; Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 85.

66 Karl Kautsky, Demokratie oder Diktatur, Berlin 1918, S. 46. Die Schrift erschien erstmals Ende November 1918 und erreichte schnell eine zweite Auflage. Aus dieser Broschüre wurde noch im Winter 1918/19 eines der Kernkapitel herausgelöst und als eigenständige Broschüre vom »Büro für Soziale Aufklärung« in Berlin unter dem Titel »Gegen die Diktatur« in hoher Auflage vertrieben.

67 Hilferding, Revolutionäres Vertrauen!

68 Einberufung der Nationalversammlung, in: Leipziger Volkszeitung, 30.11.1918.

beziehungsweise März) verworfen und die Wahlen bereits für den 19. Januar 1919 angesetzt wurden. Die Alternative einer Räterediktatur wurde mit ebenso großer Mehrheit abgelehnt.⁶⁹ Eine noch größere Mehrheit erzielten jedoch zwei Anträge, die für die Führung der MSPD zu einer schweren Hypothek geraten sollten. Auf Drängen von Soldaten und nach Vermittlung Haases beschloss der Kongress »fast einstimmig«, dass in der Militärfrage künftig die Revolutionsregierung die oberste Kommandogewalt zu übernehmen habe, dass das stehende Heer zugunsten einer Volkswehr aufgelöst, der »Kadavergehorsam« verschwinden und die Wahl der Führer ermöglicht werden müssten.⁷⁰ »Fast einstimmig« votierte der Kongress ebenso in der Sozialisierungsfrage. Nach einem Referat von Hilferding und der darauf folgenden Debatte rangen sich beide Parteien dazu durch, bereits vorliegende Anträge zu verschmelzen und zur Abstimmung zu stellen. Der nunmehrige Einheitsantrag von MSPD und USPD »beauftragte« die Regierung, »mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaues, unverzüglich zu beginnen«.⁷¹

Die Abstimmungsergebnisse ließen sich nur so interpretieren: Die große Mehrheit der meist mehrheitssozialistisch dominierten ASR im Reich⁷² favorisierte eine parlamentarische Demokratie, von der sie erwartete, dass sie ihre inhaltlichen Forderungen, die schrittweise Sozialisierung der Wirtschaft und die Schaffung einer Volkswehr »von unten« verwirklichen würde. In ihrer – von den jeweiligen Parteiführungen vermittelten – Zuversicht setzte die Mehrheit der Delegierten einfach voraus, dass es im Zuge der Wahlen zur Nationalversammlung auch eine sozialistische Mehrheit geben werde. Was aber würde passieren, wenn sich diese inhaltlichen Forderungen deswegen als Makulatur erwiesen, weil eben diese sozialistische Mehrheit nicht zustande kam? Musste dann nicht damit gerechnet werden, dass enttäuschte Anhänger beider Parteien die gerade noch abgelehnte Räterediktatur in einem ganz anderen Licht betrachteten? Zweifellos war der – 50 Jahre lang gepflegte – Glauben an die »Sozialisierung als programmatischer Kernpunkt« gewaltig, vor allem jetzt, im »Augenblick der Machtergreifung«.⁷³ Ihn zu enttäuschen, musste die Sozialdemokratie als Ganzes erschüttern und vor eine Zerreißprobe stellen.

III. ENTtäUSCHUNG UND GEWALT: DIE SCHRITTMACHER FÜR ANTIPARLAMENTARISMUS UND DIKTATURFASZINATION

Die letzten Wochen vor der Wahl gaben schon einen Vorgeschmack auf das, was danach mit aller Macht über das Land hereinbrechen sollte – ein sich ständig steigender »Bruderkampf« zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien, neuerliche sozialistische Spaltungstendenzen und bürgerkriegsähnliche Zustände. Dabei hatte Kautsky, der seit

69 Vgl. Protokoll der 4. Sitzung der A.- und S.-Räte, in: Leipziger Volkszeitung, 20.12.1918.

70 Protokoll der 3. Sitzung der A.- und S.-Räte, in: Leipziger Volkszeitung, 19.12.1918.

71 Protokoll der 5. Sitzung der A.- und S.-Räte, in: Leipziger Volkszeitung, 21.12.1918. Über die Verschmelzung der Anträge Lüdemann (MSPD) und Geyer (USPD) berichtete die Beilage zur »Republik« am 21.12.1918. Vgl. Protokoll des letzten Tages der Reichskonferenz der A.- und S.-Räte. Im Stenographischen Bericht über den Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918, Berlin 1919, S. 172, ist nicht von Verschmelzung der Anträge die Rede, wohl aber von der Erledigung des betreffenden ersten Absatzes des Antrages Geyer, nachdem Hilferding im Schlusswort ebenfalls die Sozialisierung des Bergbaues als vordringlich gekennzeichnet und sich so für diese moderate Perspektive starkgemacht hatte.

72 Zur parteipolitischen Ausrichtung der ASR in Deutschland vgl. *Eberhard Kolb*, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*, Düsseldorf 1962.

73 *Mallmann*, *Kommunisten in der Weimarer Republik*, S. 21.

Anfang Dezember 1918 als Ko-Vorsitzender der Sozialisierungskommission amtierte⁷⁴, vor dem Reichsrätekongress noch einmal Sozialisten aller Schattierungen beschworen, geschlossen für die Nationalversammlung zu votieren: Die »Masse des Volkes« stehe »zurzeit auf der Seite des Sozialismus«. Diese Masse habe alles Vertrauen zu den Parteien verloren, die »bisher regierten«. Von »uns«, so Kautsky, erwarte sie die ökonomische Rettung und einen »aufbauenden Sozialismus«; dagegen verlange sie nicht nach »Verewigung der Unruhe, nicht nach Verlängerung des Krieges durch Bürgerkrieg«. Sozialisten, die sich jetzt noch der Nationalversammlung entgegenstellten, könnten nur eines erreichen: »die Verkleinerung der sozialistischen Mehrheit in ihr«. Ihre »Schuld« wäre es, wenn die Nationalversammlung »gar eine gegenrevolutionäre Mehrheit« bringe.⁷⁵

Das waren fürwahr prophetische Worte, die freilich ungehört verhallten. Als am 6. Dezember ein Putschversuch von rechts nicht nur zum Schlag gegen den Vollzugsausschuss ausholte, sondern auch das offenkundige Ziel verfolgte, Ebert zum Reichspräsidenten auszurufen, mehrten sich die Stimmen jener USPD-Politiker, die Zweifel an der Koalitionstreue ihres Regierungspartners bekundeten. Innerhalb der USPD war ein solcher Putschversuch vor allem Wasser auf die Mühlen jener radikalen Linken, die sich als offene Gegner der Nationalversammlung verstanden. Auf dem Reichsrätekongress fühlte sich dieser Teil dann stark genug, Haase erstmals die Gefolgschaft aufzukündigen: Innerhalb der USPD-Fraktion verhinderte der linke Flügel unter Ledebour, Däumig und Müller eine Beteiligung am Zentralrat der ASR, dem neuen Kontrollorgan des Rates der Volksbeauftragten. Dadurch konnte die MSPD das keinesfalls unbedeutende Gremium komplett mit eigenen Funktionären besetzen. Parallel dazu versuchte die linksradikale Spartakusgruppe, Haases Kurs innerhalb der Berliner USPD zu unterminieren. Da ihr Antrag auf Ablehnung der Nationalversammlung und der Schaffung einer Räterediktatur scheiterte, nahm die Gruppe endlich Zuflucht zur Gründung einer eigenen Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Die Masse des linken Flügels der USPD, zu der vor allem die Revolutionären Obleute zählten, schloss sich dieser neuen Partei allerdings nicht an.⁷⁶

Doch wurde deutlich, wie sich die selbst ernannten Apostel einer zweiten Revolution die proletarische Diktatur eigentlich vorstellten: Gewiss wollte Luxemburg eine Mehrheit des Proletariats für eine solche Räterediktatur gewinnen, jedoch die »herrschenden Klassen mit der ganzen Brutalität, die das Proletariat in seinem Kampf zu entwickeln« vermag, »niederwerfen«. Liebknecht wiederum rief dazu auf, in diesem Kampf die Mehrheitssozialisten zu »zerschmettern«.⁷⁷ Eine solche Sprache des Hasses und der Gewalt musste in jenem Bürgerkrieg münden, vor dem Kautsky so eindringlich gewarnt hatte. Umgekehrt zögerte der mehrheitssozialistische Teil der Regierung nicht, mit Einheiten der alten Armee gegen die renitente Truppe der Volksmarinedivision gewaltsam vorzugehen und am 24. Dezember Schloss und Marstall in ein Schlachtfeld zu verwandeln.⁷⁸ Den daraufhin erfolgten Austritt der USPD-Mitglieder aus der Regierung nutzte die MSPD ihrerseits

74 Die Kommission war vom Rat der Volksbeauftragten Ende November 1918 eingesetzt worden und trat Anfang Dezember 1918 erstmals zusammen. In ihrer Arbeit wurde sie institutionell und persönlich vom Reichswirtschaftsamt und dessen Leiter August Müller (MSPD) behindert. Vgl. *Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 81f.

75 *Karl Kautsky*, Nationalversammlung und Räteversammlung, Berlin 1918. Die Schrift erschien erstmals als Aufsatz im Berliner USPD-Organ »Freiheit« am 6.12.1918; andere USPD-Blätter wie die Leipziger Volkszeitung druckten diesen Text am 12.12.1918 nach.

76 Vgl. *Dieter Engelmann/Horst Naumann*, Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993, S. 90ff.

77 Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes Groß-Berlin der Unabhängigen Sozialdemokratie, in: Leipziger Volkszeitung, 17.12.1918; Die Auseinandersetzung Luxemburg-Haase, in: Leipziger Volkszeitung, 23.12.1918.

78 Zu den Hintergründen vgl. ausführlich *Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 109ff.

dazu, weitere USPD-Mitglieder (wie den Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn) ihrer öffentlichen Ämter zu entheben, was der radikale Flügel der Partei (vor allem die Revolutionären Obleute) und die Kommunisten zum Anlass nahmen, den Sturz der mehrheitssozialistischen Regierung zu initiieren. So traf Anfang Januar 1919 Gewalt auf Gegengewalt. Die Spirale der Gewalt – im Weltkrieg vier Jahre lang staatlich verordnet und patriotisch bemäntelt – setzte sich nun mit erschreckender Intensität im Nachkrieg fort.

Mit dem Auszug der Unabhängigen aus der gemeinsamen Regierung betrat jetzt ein Mann die Bühne der großen Politik, der als Wehrexperte der SPD-Reichstagsfraktion schon eine gewisse Affinität zum Militärischen gezeigt hatte und sich selbst als »Bluthund« bezeichnete: Gemeint ist Gustav Noske, das neu ernannte und für Militärfragen zuständige Mitglied des Rates der Volksbeauftragten. Er stützte sich stärker als bisher auf das alte Militär sowie auf die neu gebildeten und meist rechtsgerichteten Freikorps, um mit »allen Mitteln« Ordnung zu schaffen.⁷⁹ Doch die Politik der »eisernen Faust«⁸⁰ entfachte den Bürgerkrieg mehr als dass sie ihn verhinderte und beflügelte dadurch auch diverse Diktaturvorstellungen – bis in die eigenen Reihen der MSPD.

Kautskys Prophezeiung, durch Bruderkämpfe die in Reichweite liegende eigene Mehrheit zu verspielen, sollte sich am 19. Januar 1919 bitter erfüllen: Der Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung rief innerhalb der Sozialdemokratie erhebliche Enttäuschung hervor und rückte jegliche ökonomische Umgestaltungsabsichten (Sozialisierung) in weite Ferne. Anders als erhofft, hatten beide sozialdemokratischen Parteien nicht einmal gemeinsam die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen können: Die MSPD als stärkste Partei war auf knapp 38 % der Stimmen gekommen, die von innerparteilichen Kämpfen geschüttelte USPD gar nur auf 8 %. Dagegen hatten die bürgerlichen Parteien – allen voran die linksliberale DDP und das katholische Zentrum – vom linken Lagerkampf und dem neuen Frauenwahlrecht profitiert. Das Wahlergebnis entthob die MSPD aller Überlegungen über eine Neuaufgabe einer rein sozialistischen Regierung, wie sie denn in einigen Ländern des Reiches (so in Sachsen) möglich erschien.

Es mag dahingestellt bleiben, ob ein noch früherer Wahltermin eine sichere »sozialistische Mehrheit« erbracht hätte, wie Hermann Müller immer wieder betonte⁸¹, und was Hans Mommsen – vor allem auf die MSPD bezogen – für möglich erachtete⁸²; die Frage ist nur, ob denn die MSPD-Führung dies auch wirklich wollte, oder ob ihr *jenes* Ergebnis nicht letztlich doch als praktikabel erschien, um die »Bürde der Macht«⁸³ (Susanne Miller) mit dem demokratischen Flügel des Bürgertums zu teilen. Bot nicht das Bündnis mit der Zentrumsparterie und den Linksliberalen, das ja schon 1917/18 angebahnt worden war, einen erfolgversprechenderen Weg aus der Zusammenbruchskrise des Landes – angesichts der außen- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen? Lag nicht in der Entwicklung der MSPD von einer Arbeiter- zu einer Volkspartei die eigentliche »Berufung« dieser Partei – wie Heinrich August Winkler meint?⁸⁴ Vieles – und nicht zuletzt die enorme soziale und konfessionelle Fragmentierung des Landes – sprach für einen solchen Weg. Nur war der allergrößte Teil der MSPD-Anhänger auch noch 1918/19 von der – bereits erwähnten – naiven Sozialismusgläubigkeit durchdrungen. Der im Krieg »von oben«

79 Volker Ullrich, *Die Revolution von 1918/19*, München 2009, S. 66.

80 Walter Mühlhausen, *Friedrich Ebert 1871–1925. Ein Schneidersohn wird Staatsoberhaupt. Eine biografische Skizze*, in: *ders./Bernd Braun* (Hrsg.), *Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten. Friedrich Ebert (1871–1925)*, Heidelberg 2012, S. 16–71, hier: S. 43.

81 Müller, *Die November-Revolution*, S. 128.

82 Mommsen, *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar*, S. 95.

83 Vgl. Susanne Miller, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920*, Düsseldorf 1979.

84 Vgl. Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 450.

eingeleitete Kurswechsel war zu abrupt erfolgt, um ihn für die eigene Klientel wirklich nachvollziehbar zu gestalten. Dass die Führung beider sozialdemokratischer Parteien kaum über Wirtschafts- und Sozialisierungskonzepte verfügte, kam noch hinzu und erklärt mit, weshalb die MSPD-Führung die Sozialisierung so dilatorisch behandelte.

Als noch im Dezember 1918 die Sozialisierungsbewegung ›von unten‹ die Bergbauregion des Ruhrgebiets erfasste, konnte das jedoch nicht wirklich überraschen: Der Reichsrätekongress hatte ja einmütig beschlossen, genau in dieser Branche zu beginnen. Wirtschaftlich und politisch wäre ein solcher Schritt – wie Heinrich August Winkler meint – sehr wohl möglich, ja sogar unter demokratischen Gesichtspunkten zielführend gewesen.⁸⁵ Überraschend war nur, wie die Regierung auf die weitgehend friedlich gebliebene Bewegung und deren Vorstellungen reagierte. Statt auf dem Verhandlungswege wenigstens Mitbestimmungsoptionen auszuloten, erklärte sie die Aktionen für »ungesetzlich« und schickte anschließend Militär. Nun erst kam es zum Generalstreik, der Hunderttausende Arbeiter erfasste und Solidaritätsstreiks bis hin nach Mitteldeutschland nach sich zog. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände, die nur mit noch mehr Militär »pazifiziert« werden konnten, stellten – wie Hans Mommsen erklärte – »im Grunde das Eingeständnis einer gescheiterten Politik der Mehrheitssozialdemokraten dar«. Die »Gewalt der Bajonette« habe den Versuch »ersetzt«, die »radikale Arbeiterschaft politisch zu integrieren und die zu putschistischem Terrorismus entschlossene extreme Linke zu isolieren«.⁸⁶ Dass die Regierung in dieser Situation Plakate kleben ließ, auf denen sie versprach, dass die »Sozialisierung marschiert«⁸⁷, gleichzeitig aber die selbst mitgeschaffene Sozialisierungskommission beerdigte, zeugte dann auch noch von einem hohen Maß an politischer Hilflosigkeit. Das »Gefühl der Erbitterung und Ohnmacht« in weiten Teilen der Arbeiterschaft bescherte der MSPD konsequenterweise schon im ersten Halbjahr 1919 einen »schweren Vertrauensverlust«.⁸⁸

Profiteur dieser Entwicklung wurde – nach Luxemburgs und Liebknechts Ermordung – nicht die schwache und führerlose KPD, sondern eine USPD, die immer mehr enttäuschte MSPD-Anhänger band, Ende Februar 1919 bereits in Berlin bei den Stadtverordnetenwahlen die MSPD überflügelte⁸⁹ und in den Wochen darauf zur gut organisierten Massenpartei aufstieg. Die Partei, die zum Zeitpunkt ihres außerordentlichen Parteitages Anfang März 1919 schon 300.000 Mitglieder zählte, rückte hier in Berlin auf ihrem Delegiertentreffen weiter nach links. Die konfrontative Entwicklung mit der MSPD, der Druck der Basis und des weiter erstarkenden linken Flügels sowie Haases Empörung über die »entsetzlichen Ausschreitungen« und den »weißen Terror«⁹⁰ ließen sie jetzt auch programmatisch zur Partei der Diktatur des Proletariats avancieren. In der auf dem Parteitag angenommenen »programmatischen Kundgebung« hieß es: »Sie [die USPD] erstrebt die Dik-

85 Nach Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 79f., hätte eine »Enteignung der autoritärsten Gruppe des Unternehmerlagers [...] das antidemokratische Potential innerhalb der deutschen Machtelite erheblich geschwächt«. Ganz ähnlich argumentierte schon Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, S. 34.

86 Mommsen, *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar*, S. 67. Zu den Sozialisierungsdebatten im Ruhrgebiet vgl. neuerdings Jürgen Mittag, *Versäumte Chancen oder realitätsnaher Pragmatismus? Die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet zwischen Sozialisierungsdebatten und Proteststreiks 1918–1920*, in: Karl Christian Führer/Jürgen Mittag/Axel Schildt u. a. (Hrsg.), *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920*, Essen 2013, S. 211–236.

87 Ullrich, *Die Revolution von 1918/19*, S. 85.

88 Mommsen, *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar*, S. 71.

89 Vgl. Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, S. 250. Die Ergebnisse der Berliner Wahlen sind enthalten in: Dieter Engelmann/Horst Naumann, Hugo Haase. *Lebensweg und politisches Vermächtnis eines streitbaren Sozialisten*, Berlin 1999, S. 69.

90 Zit. nach: ebd., S. 68.

tatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.«⁹¹ Bei dieser Formulierung handelte es sich um einen Formelkompromiss, der sich aus den unterschiedlichen Auffassungen Haases und Däumigs ergab. Während Haase dafür plädierte, die »Alleinherrschaft des Proletariats« mittels Parlamenten *und* Räten zu sichern, sprach sich Däumig strikt für die reine Räteherrschaft aus, die er allein mit der Diktatur des Proletariats identifizierte.⁹²

Wie die proletarische Alleinherrschaft zustande kommen sollte, vermochte aber auch Haase nicht zu sagen. Da er konsequenterweise Koalitionen mit allen bürgerlichen Parteien ausschloss und eine klare Abgrenzung von der MSPD vornahm, blieb sein Hinweis auf die »Massen« und die eigene Partei diffus.⁹³ Es konnte kein Zweifel bestehen, dass ihm mit dem Bruch der sozialistischen Regierung zugleich die Grundlage für eine realistische Regierungsoption entzogen worden war. Immerhin versuchte er, sich vom sowjetrussischen Modell klar abzusetzen, indem er die »große Volksmehrheit« als Basis der künftigen Herrschaft betrachtete⁹⁴ und – durch seinen Freund Kautsky – erklären ließ, dass die proletarische Diktatur keine »diktatorischen Staatseinrichtungen« beinhalten sollte.⁹⁵ Die Interpretationsfähigkeit des Diktaturbegriffs und seines schlagwortartigen Gebrauchs spiegelte sich letztlich auch in der »programmatischen Kundgebung« wider, in der sowohl die Parlamente als auch die Räte Eingang fanden.

Jenseits der Programmdebatte zeigten allerdings Diskussionsbeiträge wie der des vormaligen Volksbeauftragten Barth, wie stark sich mittlerweile der Diktaturbegriff als Schlagwort und Kampfbegriff verselbstständigt hatte. Für den auf dem linken Flügel stehenden Barth war die Diktatur des Proletariats in den Köpfen der Arbeiter noch »viel zu wenig verankert«, wofür er die Führer der Partei verantwortlich machte, die dem Volk »schon bedeutend früher« hätten sagen müssen, dass es »aus dem Elend nur herauskommen kann, wenn es die Diktatur« übernehme. Bei Barth erschien die Diktatur des Proletariats tatsächlich als diffuses ganzheitliches Projekt, als Rettungsanker vor allem Elend der Gegenwart. Hieraus bezog sie auch für ihn ihre Faszination: Denn nur die Diktatur – so Barth – werde das »grenzenlose Elend der Arbeitslosigkeit« durch ein Recht auf Arbeit bannen und alle Wirtschaftsprobleme lösen, die von der Nationalversammlung gar nicht gelöst werden könnten. Für Barth beinhaltete die weitere Entwicklung eine simple Gleichung: Wenn die Diktatur »morgen« käme, dann wäre das »alles«, was Haase über Steuerfragen geäußert habe, durch die »Expropriation der Expropriateure« erledigt. Doch damit

91 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919, S. 3.

92 Vgl. die Rede Haases in: ebd., S. 231, und die Rede Däumigs, in: ebd., S. 95f. In der dem Parteitag vorliegenden »Resolution Haase« war von einer Verbindung von Parlament und Räten und der Erringung der »vollen politischen Macht« durch das Proletariat die Rede, nicht aber von der Diktatur des Proletariats, die wiederum in der »Entschließung Däumig« als Ausdruck der alleinigen Rätewelt herausgestrichen wurde. Der Versuch einer Überbrückung der Positionen fand dann mit der »Programmatischen Kundgebung« statt. Ebd., S. 3f. und 28–31. Der Versuch, beide Personen als USPD-Vorsitzende zu wählen, schlug hingegen fehl, da sich Haase unmittelbar nach dem Wahlgang weigerte, mit Däumig in einem Führungstandem zu arbeiten. Nach dem darauf folgenden Verzicht Däumigs und einer erneuten Wahl wurden Haase und Arthur Crispian zu Vorsitzenden bestimmt, wobei nun Haase deutlich weniger Stimmen erhielt als bei der ersten Wahl. Vgl. ebd., S. 254–265.

93 Rede Haases, in: ebd., S. 94f.

94 Rede Haases, in: ebd., S. 213.

95 Wie schon 1918 unterschied Kautsky auch hier zwischen dem »Zustand« und der »Staatseinrichtung« der Diktatur, sodass nach seiner Meinung die Diktatur der Bourgeoisie beziehungsweise die Diktatur des Proletariats sowohl in Form einer demokratischen als auch diktatorischen Regierungsform (»Staatseinrichtung«) in Erscheinung treten konnte. Diskussionsbeitrag Kautsky, in: ebd., S. 220f.

nicht genug, erging sich Barth in Allmachtsfantasien: Für den Fall nämlich, dass mit der Diktatur die Expropriation komme, sei »unser Land tausendmal mächtiger als Russland.«⁹⁶

Die Diktatur des Proletariats war in dieser Zeit vieles: Wunschbild, Fluchtpunkt oder ein gewaltiger Machtfaktor. Dass sich selbst so eine heterogene Partei der Diktatur des Proletariats kaum selbst um neuen Zulauf kümmern musste, dafür sorgte vor allem Noskes Militärpolitik. Parallel zum Parteitag war es mitten in Berlin und damit auch in Hörweite zu den USPD-Parteitagverhandlungen zu Straßenschlachten gekommen, die all das in den Schatten zu stellen drohten, was sich hier bereits Anfang Januar 1919 abgespielt hatte. Als die Vollversammlung der Berliner ASR vom 3. März 1919 den Generalstreik ausrief, an dem sich neben der USPD zuerst auch die MSPD beteiligte⁹⁷, setzte Noske nach Übergriffen von Streikenden auf das probate Mittel des Militärs: Freikorpsverbände rückten in Berlin ein und lieferten sich mit streikenden Arbeitern und den Resten der Volksmarinedivision blutige Häuserkämpfe rund um den Alexanderplatz und im Bezirk Lichtenberg. Die »Berliner Blutwoche«, in der der Reichswehrminister mit Schießelass und Standrecht »arbeitete«, kostete mehr als 1.200 Menschen das Leben. Noskes Truppen setzten dabei schwere Artillerie, Minen und Fliegerbomben ein. Selbst Dutzende Unbewaffnete ließ eine Freikorpseinheit »mit Maschinengewehren zusammenschießen«, wie Reichsarchivrat Erich Otto Volkmann später festhielt. Das Ende der Kämpfe beschrieb er so: »Allmählich wird es im Norden und Osten Berlins still. Gegen schwere Granaten, Minen und Tanks lässt sich mit Revolvern und Maschinengewehren auf die Dauer nicht ankämpfen.«⁹⁸

In München und dem südlichen Bayern trieb Wochen später die Entwicklung auf einen neuen Bürgerkriegshöhepunkt zu, der Anfang Mai 1919 mit einem gewaltigen Truppenmarsch in München endete. Die von Kommunisten dominierte Räterepublik wurde militärisch zerschlagen, wobei über 600 Menschen ihr Leben verloren. Der Weg dahin hatte freilich eine interessante bayerische Eigendynamik offenbart: Durch den Mord an Ministerpräsident Kurt Eisner (USPD) Ende Februar 1919 hatte die Rätebewegung einen nicht mehr erwarteten Auftrieb erhalten und die sozialistischen Parteien wieder stärker zusammenrücken lassen. Nach der Vertagung des Landtags schwang sich der ASR-Zentralrat unter Leitung Ernst Niekischs (MSPD) zur maßgeblichen Instanz auf, der auf eine rein sozialistische Regierung drängte, die noch im März 1919 unter Johannes Hoffmann (MSPD) zustande kam. Die ohne Landtagsmehrheit, aber unter dem Druck der Rätebewegung gebildete Regierung aus MSPD und USPD organisierte binnen Kurzem ein Zentralwirtschaftsamt zur Sozialisierung und Planwirtschaft. Als sich die sozialökonomische Lage Anfang April 1919 dennoch weiter verschlechterte, suchten selbst Teile der bayerischen MSPD in der Bildung einer Räterepublik Zuflucht, wenn auch – wie Militärminister Ernst Schnepfenhorst (MSPD) – nur aus taktischen Gründen.⁹⁹

Nach teils widersprüchlichen Meldungen über die Gründung einer Räterepublik mit mehrheitssozialistischer Beteiligung hielt nun auch ein Teil der MSPD-Presse im Reich die Zeit für eine Diktatur des Proletariats für gekommen: Das bekannte MSPD-Blatt »Hamburger Echo« äußerte sich zu den Gründen des eigenen Meinungswandels so: »Der Glauben an eine Sozialisierung auf demokratischer Grundlage, d.h. unter ehrlicher positiver Mitarbeit auch der bürgerlichen Volkskreise schwindet immer mehr und man will deshalb das letzte Mittel: die Diktatur des Proletariats endlich in Anwendung bringen.«

96 Diskussionsbeitrag Barth, in: ebd., S. 148.

97 Vgl. *Mommsen*, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, S. 67.

98 *Erich Otto Volkmann*, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930, S. 215.

99 Vgl. *Francis L. Carsten*, Revolution in Mitteleuropa 1918–1919, Köln 1973, S. 175; vgl. auch *Ralf Höller*, Der Anfang, der ein Ende war. Die Revolution in Bayern 1918/19, Berlin 1999, S. 184f.

Dass diese Diktatur »aber unmöglich die brutalen Gewaltformen des russisch-bolschewistischen Systems annehmen« werde, dafür »bürge allein schon der Umstand, dass wir unter den Münchner Volksbeauftragten Namen von Männern finden, denen der Sozialismus zu heilig ist, als dass sie sich für Leninsche Methoden auch nur einen Augenblick begeistern« könnten. Die Diktatur im marxischen Sinne, »nämlich die der Mehrheit und nicht die der Minderheit«, sei zu einer »natürlichen, geschichtlichen Notwendigkeit« geworden, die man auch als Mehrheitssozialist »aus ganzem Herzen« begrüßen könne.¹⁰⁰

Wie man sieht, lag zu diesem Zeitpunkt und infolge der verschleppten Sozialisierung das Demokratieverständnis von Teilen der MSPD und der gemäßigten USPD dicht beieinander.

Dass sich MSPD-Zeitungen von der Münchner Räterepublik wieder distanzieren, als klar wurde, dass die eigene Partei daran doch nicht beteiligt war, lag auf der Hand; ebenso die Feststellung, dass die Verantwortlichen von MSPD und USPD im Vorfeld eine »abenteuerliche und amateurische Politik« betrieben hatten¹⁰¹, die erst den Anarchisten und Kommunisten die Möglichkeit geboten hatte, eine Diktatur des Proletariats zu schaffen, im Falle der KPD auch eine mit diktatorischer Regierungsform. Die »Politik der Pazifizierung mit dem Panzerzug«¹⁰², die sich Anfang Mai 1919 auch in München vollzogen hatte, trieb unterdessen nicht nur ganze Ortsvereine der MSPD geschlossen zur USPD und erhöhte auch hier die Gewaltbereitschaft der Anhänger.¹⁰³ Enttäuschung und Gewalt führten häufig auch zu Linksschwenks innerhalb der MSPD.

Wohl das bekannteste Beispiel hierfür dürfte Chemnitz gewesen sein. Auslöser des dortigen Linksrucks waren zwei symptomatische Vorgänge: Im Frühjahr 1919 hatte die eigene mehrheitssozialistische Landesregierung einen von der Chemnitzer MSPD propagierten Sozialisierungsplan abgewiesen und die Sozialisierung auch hier dilatorisch behandelt. Als dann im Sommer 1919 herbeigerufene Noske-Truppen Hungerunruhen in der Stadt mit gewohnter Härte »pazifizierten« (es gab Dutzende Tote), war der Wendepunkt erreicht: Beide Erfahrungen führten in kurzer Zeit zur völligen Entfremdung der Chemnitzer Basis der MSPD von ihren langjährigen Führern Gustav Noske und Ernst Heilmann.¹⁰⁴ Noske, der seit 1906 seinen Reichstagswahlkreis in Chemnitz immer direkt und mit sensationellem Ergebnis gewonnen hatte (1912 mit 64%), fiel hier noch 1919 einem »Vatermord« zum Opfer: Sein politischer Ziehsohn, der gerade 35-jährige Alfred Fellisch, wendete die rechtssozialistische Hochburg weit nach links. Für ihn war klar, dass mit dem »unseligen Ausgang der Nationalversammlungswahlen die Arbeiterschaft zur Ohnmacht« verurteilt worden sei; wenig später kamen er und seine Freunde zu der Erkenntnis, dass die Novemberrevolution wiederholt werden müsse: Die erste Revolution, so Fellisch, habe als Diktatur »zu kurze Zeit gedauert, um alle Forderungen« Wirklichkeit werden zu lassen; eine zweite »Diktatur als Revolution« sollte nun »das Versäumte nachholen, bis sie, zur Diktatur der Mehrheit geworden, die wahre Demokratie« aufrichte.¹⁰⁵

100 Zwei Regierungen in Bayern, in: Hamburger Echo, 8.4.1919.

101 Carsten, Revolution in Mitteleuropa, S. 175.

102 Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik, S. 23.

103 Ebd., S. 24.

104 Heilmann, der mehrere Jahre lang erfolgreicher Chefredakteur der »Chemnitzer Volksstimme« gewesen war, hatte schon im Krieg, das heißt nach seinem Militäreinsatz, Chemnitz Richtung Preußen verlassen; Noske aber hatte sein Mandat für die Nationalversammlung wiederum (wie vor 1918) in Chemnitz erhalten.

105 Mike Schmeitzner, Alfred Fellisch 1884–1973. Eine politische Biographie, Köln/Weimar etc. 2000, S. 119–152. Den Sozialisierungsplan, an dem Fellisch im Frühjahr 1919 unter der Ägide Otto Neuraths mitgewirkt hatte, versuchte daraufhin die bayerische sozialdemokratische Regierung umzusetzen. Fellisch avancierte 1921 zum sächsischen Wirtschaftsminister, 1923 zum Ministerpräsidenten.

Auf scharfe Kritik solcher Funktionäre wie Fellisch stieß denn auch die Entlassung jenes Mannes, der auf Reichsebene noch am ehesten für einen Umbau der Wirtschaft gestanden hatte: Rudolf Wissell.¹⁰⁶ Im Juli 1919 ließ die MSPD ihren eigenen Wirtschaftsminister fallen, der als »pragmatischer Sozialreformer [...] so genau wie kaum ein anderer Politiker jener Monate die Notwendigkeit erkannt hatte, so rasch wie möglich eine umfassende Ordnungskonzeption zu entwickeln und diese dann konsequent in die Praxis umzusetzen«.¹⁰⁷ Sicherlich wies dieses Gemeinwirtschaftskonzept Mängel auf und war auch nur als Vorstufe einer künftigen (Teil-)Sozialisierung gedacht gewesen. Doch auf dem MSPD-Parteitag im Juni 1919 hatte es die Zustimmung der Delegierten erhalten, was das neue Kabinett Gustav Bauer (MSPD) nicht daran hinderte, es kurze Zeit später mehrheitlich abzulehnen. Das Veto des Koalitionspartners (Zentrum) war dabei nur der eine ausschlaggebende Punkt gewesen, das Argument einer (angeblichen) Behinderung der Sozialisierung [!] der andere.¹⁰⁸ Eine solche MSPD-Politik erwies sich wiederum nur als Wasser auf die Mühlen der USPD-Propaganda, die in Wissells Abhalfterung vor allem eine »Verleugnung des sozialistischen Prinzips«¹⁰⁹ erkannten.

»Jetzt erst, in der Phase der ›Noske-Politik‹, als Plakate verkündeten, dass die ›Sozialisierung marschiert‹, man aber feststellen musste, dass es in Wirklichkeit lediglich Freikorps, Zeitfreiwilligen- und Reichswehrverbände waren, die in Marsch gesetzt wurden, dass auch [Rudolf] Wissells Rahmengesetz für eine an der Planwirtschaft des Weltkrieges orientierte Sozialisierung den Koalitionsnöten der MSPD [...] geopfert wurde, steigerte sich die politische Radikalisierung, reduzierte sich die Alternative häufig auf ›Proletarische Diktatur‹ kontra ›Noske-Diktatur‹.«¹¹⁰

Diese simple Alternative wurde nirgends emotionaler und heftiger diskutiert als in der Debatte über die Regierungserklärung des neuen Kanzlers Gustav Bauer Ende Juli 1919, als dessen erbitterter Kontrahent der USPD-Vorsitzende Hugo Haase auftrat.¹¹¹ Bauer – und das sprach für die inzwischen eingetretene Popularisierung des Schlagworts von der Diktatur des Proletariats – setzte sich mit der Formel und ihrer möglichen Realisierung schon in der Regierungserklärung auseinander. Dass er dabei mit keiner Silbe den theoretischen Hintergrund der Formel beleuchtete, konnte nicht wirklich verwundern, handelte es sich doch bei ihm um einen langjährigen reformsozialistisch beeinflussten Gewerkschaftsführer. Umso schärfer fiel seine Kritik an der aktuellen Auslegung durch die USPD aus: Sie ziele gegen Minderheiten, die das »Recht auf eine Diktatur ihrer Mitglieder über die Mehrheit des Volkes proklamieren«. Was die USPD als Partei wolle, sei »nicht einmal eine Klassenherrschaft, sondern die Zwangsherrschaft eines Teils einer Klasse«, die jedoch nur scheitern könne. Das war durchaus keine Unterstellung, denn der immer stärker werdende linke Flügel der USPD favorisierte genau jene Herrschaft; die programmati-

106 Zur Kritik Fellischs an den eigenen Reichsparteigremien vgl. ebd., S. 141.

107 Michael Schneider, Rudolf Wissell (1869–1962), in: Vierteljahresschrift für Sozialrecht, 1978, Bd. VI, S. 165–182, hier: S. 169.

108 Vgl. ebd., S. 174.

109 Rede Lipinski, in: Protokoll über die Verhandlungen der außerordentlichen Landesversammlung der USP Sachsens, abgehalten am 10. und 11. August 1919 im Volkshaus zu Leipzig, hrsg. v. der USP Sachsens, Leipzig 1919, S. 71. Auch in: Dieter Dowe (Hrsg.), Protokolle der Landesversammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens 1919–1922, Berlin/Bonn 1979, S. 101 und 115.

110 Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik, S. 23. Diese Alternative beschrieb mit fast identisch vorgetragenen Argumenten das eher als gemäßigt geltende USPD-Führungsglied Wilhelm Dittmann Ende 1919 den Parteitagsdelegierten. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der USPD in Leipzig vom 30.11. bis 6.12.1919, S. 87.

111 Bauer hielt am 23.7.1919 seine Regierungserklärung, Haase antwortete ihm im Namen der USPD-Fraktion am 26.7.1919.

schen Ergebnisse des nächsten USPD-Parteitages (Ende 1919) bestätigten diese Analyse sogar mit Blick auf die Gesamtpartei – doch darauf wird noch zurückzukommen sein. Mehr Wunschdenken als Realität beinhaltete dagegen sein Hinweis, dass »weite Kreise des Proletariats« eben diese Diktatur »wie jede andere ablehnen« würden, und zwar »als ein brutales, geistloses und unzweckmäßiges Mittel« zur Veränderung der Gesellschaft.¹¹²

Bauers weiterer Verweis auf die gescheiterte Sofortsozialisierung in Sowjetrußland, wo ja die Diktatur des Proletariats bereits Realität geworden sei, und seine Mahnung, auf diesem Gebiet nicht auf »Experimente«, sondern auf angemessenen »Fortschritt« zu setzen¹¹³, vermochte Haase rasch zu kontern: Seine Entgegnung, dass ja noch nicht einmal die im Dezember 1918 beschlossene Sozialisierung des Bergbaus angebahnt wurde und statt der hier versprochenen »Fortschritte« eher »Rückschritte« zu konstatieren seien, war wohl als Zustandsbeschreibung treffender. Angesichts des immer noch bestehenden Belagerungszustandes, der Schutzhaftverhängung, des Noske-Schießbefehls, der Zeitungsverbote und zahlreicher Übergriffe im Land unterstellte er der MSPD und der von ihr geführten Koalitionsregierung: »Heute leben wir in einer blutigen, grausamen, brutalen Diktatur.« Vor dem Hintergrund dieser (bewussten) Überzeichnung entwickelte er – die eng an Marx angelehnte – Definition der Diktatur des Proletariats, die selbstverständlich keinen »unüberbrückbaren Gegensatz« zur Demokratie darstelle. Sie sei vielmehr eine »geschichtlich notwendige Epoche«, um die Sozialisierung der Gesellschaft möglich zu machen. Sie sei überdies auch keine Diktatur einer Minderheit, sondern der Mehrheit, eben des gesamten Proletariats, mit Blick auf die verhüllte Herrschaft der Bourgeoisie also eine »wahre Demokratie«, die zur klassenlosen Gesellschaft führe.¹¹⁴ Eine solche Definition trug – wie eben jene von Marx – spekulative und »diesseitsreligiöse« Züge¹¹⁵; sie vermochte zudem in keiner Weise den in theoretischen Fragen völlig uninteressierten Kontrahenten zu beeindrucken.¹¹⁶ Welche problematischen Interpretationsmöglichkeiten Haases Definition bot, zeigen zeitlich nahe liegende Äußerungen von USPD-Politikern, die mit der Diktatur des Proletariats das eine Mal die »restlose Beseitigung der liberalen

112 Protokoll der Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung, 64. Sitzung vom 23.7.1919, S. 1845.

113 Ebd.

114 Protokoll der Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung, 67. Sitzung vom 26.7.1919, S. 1969.

115 *Richard Löwenthal*, Nach 30 Jahren. Einführung zur Neuauflage 1977, in: *ders.*, Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung, Bonn 1977, S. LVI, spricht mit Blick auf Marx von einem Gesamtwerk, in dem auch ein »nicht wissenschaftliches Element« Eingang gefunden habe – nämlich ein »diesseitsreligiöser Erlösungsglauben, der dem industriellen Proletariat die Rolle des Erlösers der modernen Welt zuschreibt«.

116 Auf Haases Argumentation gingen während der gesamten Aussprache zur Regierungserklärung weder Bauer noch Noske ein; auch Otto Wels, der neue Ko-Vorsitzende der MSPD, der sich mit der Diktatur des Proletariats auf dem fast zeitgleich stattfindenden MSPD-Parteitag beschäftigte, blendete jegliche Theorie-Diskussion aus. Für ihn war Diktatur immer die einer Minderheit. So konnte es passieren, dass Wels in derselben Rede die proletarische Diktatur verwarf, aber auch darauf abzielte, die »Massen zum Sozialismus zu bekehren, damit nicht eine Diktatur, sondern eine auf dem Mehrheitswillen gestützte Herrschaft der Proletarier errichtet werden kann«. Dass es sich bei seiner Definition um die Diktatur-Interpretation von Marx beziehungsweise Kautsky handelte, scheint er nicht begriffen zu haben. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der [M]SPD in Weimar vom 10. bis 15.6.1919, Berlin 1919, S. 147, 150 und 152. Hier wiederum setzte der USPD-Vorsitzende Arthur Crispian an, der den MSPD-Führern vorwarf, nicht einmal das eigene Erfurter Programm zu kennen. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der USPD in Leipzig vom 30.11. bis 6.12.1919, S. 219f. Zur spärlichen MSPD-Theoriediskussion in der Frage der Diktatur des Proletariats vgl. *Schöler*, »Despotischer Sozialismus«, S. 276–290.

Demokratie« (Richard Müller)¹¹⁷ und ein anderes Mal die »reine Räterepublik« und eine Rote Armee verbanden (Hermann Brill).¹¹⁸

Dass Enttäuschung und Gewalt nicht nur – wie bei Haase – zu einer Dämonisierung des neuen Weimarer Staats führen konnten, sondern auch zu problematischen Vergleichen, demonstrierte der langjährige SPD-Theoretiker Kautsky. In seinem im Frühsommer 1919 beendeten Werk »Terrorismus und Kommunismus« zog der vehemente Gegner der Bolschewiki und gemäßigte USPD-Protagonist erstmals auch Vergleiche zwischen den »Regierungssozialisten« in Deutschland und Sowjetrußland. Diese »Regierungssozialisten« seien für Chaos, verbunden mit »ökonomischem Ruin« und »scheußlichem Brudermord«, verantwortlich. Der »blutigste Terrorismus« der Bolschewiki habe eine Nachahmung vonseiten der MSPD gefunden, die – »kaum [...] in ihrer Herrschaft bedroht« – zu den »Mitteln des gleichen Schreckensregiments« greifen würde, das sie »eben noch im Osten gebrandmarkt« hätte. Noske trete »kühn in Trotzki's Fußstapfen«, mit dem Unterschied, dass er freilich selbst »seine Diktatur nicht als die des Proletariats« ansehe. Beide aber würden ihre »Blutarbeit« aus dem Revolutionsrecht heraus begründen.¹¹⁹

Gewiss erschien dieser Vergleich reichlich unangemessen: Die MSPD war – anders als die Bolschewiki – nicht die alleinige und schon gar nicht *die* diktatorisch agierende Regierungspartei; sie verfügte zudem über keine Revolutionstribunale und »außerordentliche Kommissionen« (Tscheka) zur Liquidierung von politischen Gegnern und sie hatte sich auch kein System an Konzentrationslagern geschaffen, um ihre Opponenten einfach wegzusperren und zur Zwangsarbeit anzuhalten. Doch Kautskys Kritik macht deutlich, welche tief greifende Empörung ihn in den letzten Monaten wegen der ausgebliebenen Sozialisierungspolitik und dem überzogenen Militäreinsatz der MSPD ergriffen hatte. Dass die Enttäuschung selbst im Lager der Mehrheitssozialisten inzwischen tief saß, zeigte der Juni-Parteitag der MSPD 1919: Kurz vor seinem Rücktritt als Reichswirtschaftsminister erklärte Rudolf Wissell: Trotz der Revolution sehe sich das Volk »in seinen Erwartungen enttäuscht«. Es sei »nicht das geschehen, was das Volk von der Regierung erwartet« habe. »Wir« – so Wissell – »haben die formale politische Demokratie weiter ausgebaut«, und damit aber auch nur das »Programm fortgeführt, das von der kaiserlich-deutschen Regierung des Prinzen Max von Baden schon begonnen« worden sei. »Wir« – so Wissell weiter – »konnten den dumpfen Groll, der in den Massen steckt, nicht befriedigen, weil wir kein richtiges Programm hatten.« Dieser Zustand sei bis heute unverändert und gerade deshalb werde die Geschichte »auch über uns in der Regierung hart und bitter urteilen«.¹²⁰

IV. DIKTATUR DER MEHRHEIT, DER MINDERHEIT ODER DER PARTEI?

Bauers Schlagabtausch mit Haase und dessen Plädoyer für eine Diktatur des Proletariats im Parlament der Republik hatten dieser Formel wohl das bisher größte Maß an öffentlicher Popularität beschert, zumal die Rede kurz darauf auch als Broschüre im parteieigenen

117 Protokoll der Verhandlungen des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, S. 452.

118 *Manfred Overesch*, Hermann Brill – Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht. Eine Würdigung, in: *Renate Knigge-Tesche/Peter Reif-Spirek* (Hrsg.), Hermann Louis Brill 1895–1959. Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat, Wiesbaden 2011, S. 13–36, hier: S. 21.

119 *Karl Kautsky*, Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, (Berlin 1919), zit. nach: *Hans-Jürgen Mende* (Hrsg.), Demokratie oder Diktatur?, Bd. 1, Berlin 1990, S. 178–347, hier: S. 180f.

120 Zit. nach: *Hermann Weber*, Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848–1990. Eine Dokumentation, Berlin 1992, S. 142f.

Verlag erschien.¹²¹ Tonangebend aber waren ab Spätsommer 1919 in dieser Frage die jüngeren und linken Kräfte der Partei, die – häufig ohne jede längere parlamentarische Erfahrung – mit der Diktatur des Proletariats eine revolutionäre Erlösungshoffnung verbanden. Das lag nicht allein im allzu frühen Tod des Parteivorsitzenden begründet, der im Herbst 1919 einem Attentatsversuch erlag; entscheidend war vielmehr die Vorstellung vieler, dass die Partei am Vorabend einer neuen revolutionären Welle stehe. Diese jüngeren und linken Kräfte setzten nunmehr in hitzigen und heute nur noch bizarr anmutenden innerparteilichen Auseinandersetzungen die Frage auf die Tagesordnung, ob die Diktatur des Proletariats als Minderheits- oder als Mehrheitsdiktatur zu verwirklichen sei. Als Vorreiter dieser Debatten profilierte sich der erst 28-jährige Curt Geyer, der noch im Mai 1919 als Leipziger ASR-Vorsitzender und »Revolutionsgeneral« gescheitert war¹²², doch als Mitglied der Nationalversammlung und Parteiredakteur weiter über Einfluss verfügte und im September 1919 sogar als Haases Ko-Referent auf der USPD-Reichskonferenz in Erscheinung trat. Wenige Tage vor Eröffnung der Reichskonferenz lancierte Geyer einen Leitartikel, der in politisch-programmatischer Hinsicht alles bislang Erörterte radikal zu überbieten schien und demzufolge in der Gesamtpartei heftige Diskussionen provozierte.

Ausgangspunkt von Geyers Überlegungen war die Annahme, dass die Partei in der momentanen »Atempause« der »revolutionären Klassenkämpfe der deutschen klassenbewussten Arbeiterschaft gegen das Bürgertum und seine rechtssozialistischen Helfer« einen inneren »Klärungsprozess« für die »kommende Revolution« vorantreiben müsse.¹²³ Für Kompromisse und »opportunistische Tendenzen« sei in der USPD nun kein Raum mehr vorhanden. Derartige Tendenzen erblickte Geyer in der verschiedenartigen innerparteilichen Interpretation der Diktatur des Proletariats, über die es im Aktionsprogramm der Partei (März 1919) hieß: »Sie [die U.S.P.] erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.« Nach nur einem halben Jahr hielt Geyer es für nötig, den damals gefundenen Formelkompromiss aufzukündigen und anderslautende Auslegungen als die eigenen innerparteilich unterbinden zu lassen. Zwei Auslegungen waren ihm dabei ein Dorn im Auge: 1. Die Interpretation, die von einer Mehrheit des Volkes als Voraussetzung für die Diktaturerrichtung ausging, und 2. die Interpretation, die immer noch mit einer Mehrheit der Arbeiterschaft als Voraussetzung eines solchen Umbruchs argumentierte. Es sei doch ein »absurder Gedanke, eine Revolution erst dann beginnen lassen zu wollen, wenn man sich überzeugt hat, dass die zahlenmäßige Mehrheit der Arbeiterklasse hinter ihr stehe«. Gegebenenfalls müssten Revolution und Diktatur »zunächst auch nur« durch eine Minderheit des Proletariats vorangetrieben werden.¹²⁴ Hierin erkannte Geyer sogar eine Art historisches Gesetz:

»Revolutionen sind noch nie durch große Mehrheiten, sondern immer durch entschlossene Minderheiten geführt worden. Nur im revolutionären Kampf, nur durch die Anwendung der Diktatur, durch die entschlossene Ausnutzung des Erfolges können die Vorderreihen des kämpfenden Proletariats die Mehrheit mit sich reißen.«¹²⁵

121 Vgl. [Hugo] Haases Anklagerede in der Nationalversammlung in Weimar am Sonnabend, den 26. Juli 1919, Berlin 1919.

122 Vgl. *Sean Dobson*, *Authority and Upheaval in Leipzig 1910–1920. The Story of a Relationship*, New York 2001, S. 260f.; *Mike Schmeitzner*, *Proletarische Diktatur oder freiheitliche Demokratie? Die Wandlungen des Curt Geyer*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2008, Berlin 2008, S. 285–295, hier: S. 286f.

123 *Curt Geyer*, *Zur Reichskonferenz*, in: *Leipziger Volkszeitung*, 6.9.1919. Geyer erwartete die Revolution bereits in den bevorstehenden »Wintermonaten«.

124 Ebd.

125 Ebd.

Aus diesem Grunde müsse das Programm geändert und die einschränkende Formulierung (»des Vertreters der großen Volksmehrheit«) gestrichen werden. Wer freilich solche Forderungen erhob und mit derart unscharfen Formulierungen arbeitete, nahm bewusst die Diktatur einer Minderheit in Kauf, auch wenn er vielleicht auf eine (künftige) Mehrheit hoffen mochte. Doch Geyer ging in seinen Forderungen noch weiter: Da die kommende Revolution gewiss und so die Diktatur des Proletariats eine »Gegenwartsforderung« sei, dürfe die Partei überdies nur noch auf die Institutionen der Räte setzen. »Vertreter der Revolutionspartei«, und damit meinte Geyer die USPD, hätten in den »bürgerlichen Parlamenten nichts [mehr] zu suchen.« Wer sich zudem jetzt noch um Anschluss an die Rechtssozialisten bemühe und gar mit diesen auf dem Boden des Parlamentarismus eine Regierung bilden wolle, der sei selbst »revisionistisch«. Koalitionen mit Vertretern einer »bürgerlichen Reformpartei« (so Geyer über die MSPD) – einer »Feindin der Revolution«, die »niedergekämpft« werden müsste – würden nur Revolution und Diktatur behindern.¹²⁶

Dass Geyer zu diesem Zeitpunkt einen solchen Angriff auf den gemäßigten Flügel der eigenen Partei unternahm (der im Übrigen durch Haases Zutun auf der Reichskonferenz noch einmal pariert werden konnte)¹²⁷, hatte auch mit den Leipziger und sächsischen Verhältnissen zu tun. Hier verfügte die USPD gemeinsam mit der MSPD – und anders als auf Reichsebene – über eine Mehrheit von 60 % im Landesparlament. Im Gegensatz zum linken Flügel um Curt Geyer und Paul Böttcher versuchte das gemäßigte Parteiestablishment um Richard Lipinski, Friedrich Seger und Hermann Liebmann, diese proletarische Mehrheit für eine gemeinsame Koalition und Politik zu nutzen. Vor dem Hintergrund dieser realen Gestaltungsoption hatte der linke Flügel mit seinen radikalen Vorstellungen von einem »Kampf um die Rätediktatur« mit »allen revolutionären Mitteln« und der Delegitimierung der MSPD als einer »bürgerlichen kapitalistischen Partei« zuletzt auf dem August-Parteitag der sächsischen USPD eine empfindliche Niederlage hinnehmen müssen.¹²⁸ Nach Erscheinen des Geyer-Artikels kam es auch deshalb zu einem bis dahin nicht gekannten Machtkampf in der Leipziger USPD, der hier und in Sachsen die Fronten klärte und damit die Entscheidungsfindung von 1920 in gewisser Weise vorwegnahm.

Die Auseinandersetzungen in der Leipziger Partei spielten sich in der Folge in der eigenen Presse und den Mitgliederversammlungen ab und mündeten Anfang November 1919 in einer Mitglieder-Urabstimmung. Die härteste Kritik an Geyers Postulat der Diktatur der Minderheit kam dabei nicht vom »rechten« Leipziger Bezirksvorsitzenden Lipinski, der bereits 1918/19 der führende Volksbeauftragte der sächsischen Revolutionsregierung gewesen war, sondern vom deutlich linker eingestellten Parteiredakteur und DMV¹²⁹-Gewerkschaftsführer Liebmann, der Geyers Einlassungen als »blanquistische Putschtaktik« abkanzelte. Liebmann, der sich wie Lipinski als Vertreter einer Diktatur der Mehrheit betrachtete, argumentierte in der Presse und vor den eigenen Anhängern, dass sich mögliche revolutionäre Errungenschaften nur mit der Mehrheit der Arbeiterklasse auch wirklich halten ließen – dies hätten doch gerade die Räte-Experimente in Ungarn und Bayern ge-

126 Ebd.

127 Vgl. Bericht über die Reichskonferenz der USPD am 9. und 10. September 1919 im Abgeordnetenhaus zu Berlin, zusammengestellt nach einer Broschüre und Zeitungsberichten von *Hartfrid Krause*, Glashütten im Taunus 1975 (Reprint), S. 8f. und 17f.

128 Protokoll über die Verhandlungen der außerordentlichen Landesversammlung der USP Sachsens am 10./11. August 1919, in: *Dowe*, Protokolle der Landesversammlungen, S. 101 und 115. Der von Paul Böttcher gestellte Antrag, generell eine Koalition mit der MSPD auszuschießen und stattdessen eine »Rätediktatur« durchzusetzen, wurde mit 37 zu 29 Stimmen abgelehnt. Vgl. ebd., S. 115.

129 Deutscher Metallarbeiter-Verband.

zeigt. Und er konfrontierte Geyer mit der Programmaussage der KPD, die »nie anders die Regierungsgewalt übernehmen [wollte] als durch den unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland«. Insofern seien die »Vertreter der Forderung der Diktatur der Minderheit [...] also kommunistischer als die Kommunisten«. ¹³⁰ Trotz seiner Verfügungsgewalt über den Parteiapparat gelang es dem gemäßigten Flügel der Leipziger USPD jedoch erst in einem zweiten Anlauf, eine knappe Mehrheit der Mitglieder gegen die faktisch kommunistische Position Geyers zu gewinnen. ¹³¹

Der Verlauf des außerordentlichen Parteitages der USPD Ende November/Anfang Dezember 1919 zeigte dann mit aller Deutlichkeit, dass der »Linksruck« der Partei ¹³² allenfalls vereinzelt (wie in Leipzig) abgebremst, aber reichsweit nicht gestoppt werden konnte. Geyers Postulat, wonach das »Drängen nach klaren grundsätzlichen Entscheidungen in diesen Fragen [...] von unten auf[käme]« ¹³³ und ein »Schrei der Arbeiterschaft nach der Diktatur des Proletariats« die Führer vorwärtstreibe ¹³⁴, ließ sich auf dem Reichsparteitag und in dessen Vorfeld gut beobachten. Der massenhafte Zulauf zur Partei, der allein während eines halben Jahres von 300.000 auf 750.000 Mitglieder gesteigert worden war, die deutlich besser werdenden Wahlergebnisse und die faktische Übernahme der stärksten deutschen Einzelgewerkschaft, des DMV, durch die USPD-Opposition Ende Oktober 1919 schienen die Argumente des USPD-Vorsitzenden Crispian zu bestätigen, wonach erst »das entschiedene klare Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf, zur proletarischen Diktatur und zum Räteystem« den massiven Zulauf befördert hätte. ¹³⁵

Auch wenn Lipinski die Tagungsleitung des – in Leipzig stattfindenden – Parteitages mitübernehmen konnte, so vermochten weder er noch seine Anhänger den hier sanktionierten Linksruck irgendwie zu parieren. Neben dem wiedergewählten Vorsitzenden Crispian rückte als zweiter Vorsitzender jetzt doch Ernst Däumig auf ¹³⁶; eine Mehrheit des linken Flügels ergab sich nunmehr auch im Vorstand. Inhaltlich zementierte der Parteitag nicht nur die Ansichten des linken Flügels, er folgte auch weitgehend Geyers Vorstellungen, die selbst von der Kommunistischen Internationale als etwas übertrieben gerügt worden waren. ¹³⁷ Der von Geyer monierte Halbsatz zur näheren Erläuterung der Diktatur des Prole-

130 *Hermann Liebmann*, Die Diktatur der Minderheit, in: Leipziger Volkszeitung, 8.9.1919. Vgl. auch das Protokoll der USPD-Mitgliederversammlung Leipzig, das unter dem Titel »Die Leipziger Parteigenossen und die Internationale« in der Leipziger Volkszeitung vom 4.10.1919 erschien.

131 Die Leipziger Partei hielt zum Thema Minderheitsdiktatur und Anschluss an die Kommunistische Internationale mehrere Mitgliederversammlungen und Ende Oktober 1919 eine Hauptversammlung ab, in der die Richtung Geyers triumphieren konnte. Erst in einer Urabstimmung der Mitglieder behauptete sich der gemäßigte Flügel mit 53 %. Vgl. Leipziger Volkszeitung, 1.11.1919 und 11.11.1919. Vgl. auch die entsprechenden Resolutionen der Parteileitung und Böttchers vom 2.11.1919, AdsD, NL Richard Lipinski, Box 39. Vgl. auch *Jesko Vogel*, Der sozialdemokratische Parteibeizirk Leipzig in der Weimarer Republik. Sachsens demokratische Tradition, Teil 1, Hamburg 2006, S. 179–184.

132 *Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 255.

133 *Curt Geyer*, Zur Reichskonferenz, in: Leipziger Volkszeitung, 6.9.1919.

134 Geyers Diskussionsbeitrag auf der Leipziger Mitgliederversammlung der USPD ist enthalten in dem Artikel: Die Leipziger Parteigenossen und die Internationale, in: Leipziger Volkszeitung, 4.10.1919.

135 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der USPD in Leipzig vom 30.11. bis 6.12.1919, Referat Crispian, S. 208.

136 Auf dem März-Parteitag hatte Haases Einfluss noch zu verhindern gewusst, dass Däumig neben ihm Parteivorsitzender wurde.

137 Geyers Artikel in der LVZ vom 6.9.1919 war Wochen später und leicht modifiziert erneut veröffentlicht worden: *Curt Geyer*, Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands und die Diktatur des Proletariats, in: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees

tariats (»des Vertreters der großen Volksmehrheit«) wurde ersatzlos gestrichen. Die proletarische Diktatur sollte nicht mehr – wie noch im März 1919 – auf der Grundlage von Parlamenten und Räten entstehen, sondern allein auf der des Rätesystems. Gerade weil die »Novembersozialisten« die Grundsätze des revolutionären Sozialismus leugnen würden, müsste es Aufgabe der USPD sein, das »freudige und stolze Bekenntnis« für die »Diktatur des Proletariats ohne jeden Kompromiss und ohne jede Einschaltung« abzulegen.¹³⁸ Crispiens Bekenntnis war in der Tat auch das Bekenntnis einer erdrückenden Mehrheit der Parteitagsdelegierten. Anders als noch im März 1919 ließ es sich kaum einer der vielen Diskussionsredner nehmen, die Formel von der Diktatur des Proletariats zu gebrauchen oder – vielmehr – diese Formel wie eine heilige Monstranz vor sich herzutragen.¹³⁹

In der Frage der Mehrheits- oder Minderheitsdiktatur war die vormalige Klarheit durch das neue Aktionsprogramm beseitigt worden, was sich nicht zuletzt auch in den Äußerungen der maßgeblichen Parteiführer widerspiegelte. Otto Braß etwa brachte seine »Freude« darüber zum Ausdruck, dass der (gestrichene) Zwischensatz »des Vertreters der großen Volksmehrheit« nun nicht mehr als Argument von jenen Parteiführern gebraucht werden könne, die tatsächlich eine Volksmehrheit als Voraussetzung einer solchen Diktatur im Blick gehabt hätten.¹⁴⁰ Georg Ledebour wiederum entgegnete jenen Genossen, die »bemängelten«, dass man doch nicht mit einer Minderheit die Diktatur durchführen könne, sie würden das »Problem an einer falschen Stelle« fassen:

»Wenn die politische Situation sich so entwickelt, dass wir zu dem Versuch genötigt sind, die politische Macht zu ergreifen, dann können wir nicht erst statistische Aufnahmen oder sonstige Prüfungen veranstalten, um festzustellen, ob wir in diesem Augenblick die Mehrheit des Proletariats hinter uns haben werden.«¹⁴¹

Man müsse dann eben die Macht ergreifen und auf eine (spätere) Mehrheit hoffen.¹⁴² Ganz ähnlich formulierte es auch Robert Dißmann, der neu gewählte Vorsitzende des DMV: »Glauben wir den Einsatz wagen zu können, dann heran, wenn die Gelegenheit günstig ist. Wir können nicht vorher an den Knöpfen abzählen, ob die große Mehrheit des Proletariats politisch in der U.S.P. organisiert ist. Ist die Situation günstig, sind die Verhältnisse reif.«¹⁴³ Deutlich zynischer als diese – eher »sportliche« Sicht – nahmen sich die Einlassun-

tees der Kommunistischen Internationale, November/Dezember 1919, Nr. 7/8, S. 58–63. Die Redaktion der KI-Zeitschrift erklärte in einem Nachtrag, dass Geyers Darlegungen in der Frage der Diktatur des Proletariats »nicht ganz richtig scheinen«. In Ländern wie Deutschland stelle das Proletariat bereits die Mehrheit der Bevölkerung, die proletarische Diktatur wäre hier zweifellos eine Diktatur der Bevölkerungsmehrheit. Die »Hauptbedingung einer siegreichen Diktatur« sei allerdings die »Mehrheit in der Arbeiterklasse selbst«; darauf müsse die Aufmerksamkeit der Diktatur-Anhänger gerichtet werden. Ebd., S. 62f.

138 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der USPD in Leipzig vom 30.11. bis 6.12.1919, Referat Crispian, S. 220. Die Worte »Kompromiss« und »Einschaltung« dürften sich in diesem Kontext auf den Parlamentarismus bezogen haben.

139 Es war nur symptomatisch für die Stimmung des Parteitages, dass der Leipziger USPD-Führer Friedrich Seger, einer der erfahrensten Parlamentarier der Sozialdemokratie, während seines Diskussionsbeitrages stürmische Ablehnung und Proteste erntete, als er mehrfach davor warnte, die Diktatur des Proletariats als »Glaubensartikel« zu begreifen und – mit Verweis auf Marx – die proletarische Diktatur doch nicht als eine Diktatur von einzelnen Gruppen oder Parteien, sondern als eine Diktatur der gesamten Klasse zu interpretieren. Ebenso große Enttäuschung schlug ihm entgegen, als er dafür warb, den Parlamentarismus auch weiter im Sinne der Eroberung der politischen Macht zu nutzen. Ebd., Diskussionsbeitrag Seger, S. 248–250.

140 Ebd., Diskussionsbeitrag Braß, S. 292.

141 Ebd., Diskussionsbeitrag Ledebour, S. 298.

142 Ebd., Diskussionsbeitrag Ledebour, S. 298.

143 Ebd., Diskussionsbeitrag Dißmann, S. 257.

gen jener Parteiführer aus, die gar nicht erst warten wollten, bis »der letzte Arbeiter draußen im Lande die Erkenntnis bekommen hat«, dass die proletarische Diktatur eine »Notwendigkeit« sei; die Mehrheit, so der Hallenser USPD-Führer Fred Oelßner, seien – »wenn sie die Minderheit nicht zu ihrem Willen bekehren kann« – »Heloten- und Sklavennaturen«. Im Übrigen solle man sich hinsichtlich der »preußischen Junkerkaste« ein Beispiel daran nehmen, wie effektiv eine Minderheit ihr komplettes Umfeld prägen könne.¹⁴⁴ Auf die wenigen kritischen Einwürfe von Friedrich Seger und Oskar Cohn, die vor einer Diktatur von Einzelnen oder einer Minderheit wie in Sowjetrußland (»mit all ihren Schrecken und Fehlern«) zu warnen versuchten¹⁴⁵, wusste Max Sievers nur diese zynische wie aufschlussreiche Antwort zu geben:

»Deshalb fürchten wir nicht die Wirkungen der proletarischen Diktatur, die Cohn mit Hinweis auf Rußland so schwarz in schwarz malte, sondern wir haben im Gegenteil den Vorsatz zu fassen, ebenfalls diese Wege zu wählen, *gleichgültig, ob davon auch einmal frühere Genossen und frühere Kämpfer des Sozialismus betroffen werden.*«¹⁴⁶

Derartige Äußerungen ließen an den Stimmungs- und Mehrheitsverhältnissen keinen Zweifel. Sie machten zudem deutlich, dass die Mehrheit der Parteitagsdelegierten auch eine Minderheitsdiktatur zumindest akzeptieren würde. Das wiederum war nur insofern konsequent, als Crispianens konkrete Diktaturvorstellungen tatsächlich auf eine Ausgrenzung weiterer Bevölkerungsschichten hinausliefen. In seiner programmatischen Rede, die auf eine breite Zustimmung stieß, erklärte er:

»Die Arbeiterklasse wird keine Diktatur errichten, die von Kapitalisten wieder dadurch unterwühlt werden kann, dass sie die Möglichkeit erhalten, in die Arbeiterregierung hineinzukommen. Ein Rätekongress tritt an die Stelle des bürgerlichen Parlaments. Dieser Rätekongress darf nur aus Sozialrevolutionären bestehen, die bewusst sozialrevolutionär handeln. Es wird ein Wahlgesetz zu erlassen sein, das so beschaffen ist, dass der Rätekongress sozialrevolutionär zusammengesetzt ist.«¹⁴⁷

Selbst wenn man – marxistisch argumentierend – soweit konzedieren wollte, dass eine proletarische Diktatur zuallererst die Funktion zu erfüllen hat, die bislang ökonomisch herrschende Klasse auszuschalten und deren Produktionseigentum in Gemeineigentum umzuwandeln, fällt auf, dass Crispian auch im Bereich der organisierten Arbeiterschaft (weitgehende) Wahleinschränkungen vorzunehmen bereit war. Nach dem Stand der Wahl- und Mitgliederentwicklung vom Juni 1920¹⁴⁸ hätte das bedeutet, mindestens der Hälfte der (sozialistisch) organisierten Arbeiterschaft das Wahlrecht zu entziehen, da der reformistische Teil wohl keine sozialrevolutionären Kandidaten gewählt hätte.¹⁴⁹

Auch wenn hinsichtlich der konkreten Diktaturvorstellungen nicht nur mehr von einem Linksruck der USPD gesprochen werden muss, sondern von deutlicher werdenden kommunistischen Konturen, ließen sich auch noch Ende 1919 fühlbare Unterschiede zur Politik und Programmatik der Bolschewiki feststellen. Mit Blick auf die Rolle der Partei, die

144 Ebd., Diskussionsbeitrag Oelßner, S. 253.

145 Ebd., Diskussionsbeiträge Cohn und Seger, S. 249 und 261.

146 Ebd., Diskussionsbeitrag Sievers, S. 279 (Hervorhebungen nicht im Original).

147 Ebd., Diskussionsbeitrag Crispian, S. 226.

148 Hier wird der – weiter unten noch genauer taxierte – höchste Wert der Mitglieder- und Wahlentwicklung für die USPD zugrunde gelegt, nämlich der Zeitpunkt der Reichstagswahlen vom Juni 1920.

149 Wie zur Bestätigung dieser Annahme erklärte Crispian im weiteren Verlauf seiner Rede, dass »keine Klasse, keine Partei, keine Schicht, die gegen die Revolution der Arbeiter ist, auch nur eine einzige Stimme in diesem Rätekongress bekommen kann«. Ebd. Insofern dürften auch die innerparteilichen Flügel, die *Schöler*, »Despotischer Sozialismus«, S. 339–355, versucht in »linkes Parteizentrum« (Crispian) und »Linke« (C. Geyer) zu differenzieren, deutlich näher beieinander gelegen haben.

in Sowjetrußland – trotz alle Rätelyrik – bereits 1919 eine omnipotente war, blieb der politisch-programmatische Anspruch der USPD zumindest unentschieden: Crispian selbst betonte das eine Mal die gemeinsame Aktion von Partei, Gewerkschaften und Räteorganisation zur Eroberung der politischen Macht, während er ein anderes Mal den Führungsanspruch der eigenen Partei deutlicher akzentuierte.¹⁵⁰ Unentschieden bis ablehnend äußerte sich ein größerer Teil der Partei über den Terror als ein (mögliches) Instrument zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur. Neben jenen, die – sich dabei auf Marx-Zitate aus dem Jahr 1848 berufend – für Gewalt und Terror als notwendige Mittel plädierten¹⁵¹, warben andere (wie Hilferding und Cohn) für einen ethisch begründeten Verzicht.¹⁵² Ein besonders beeindruckendes Plädoyer gegen Terror als Mittel der Politik hielt Georg Ledebour, der nach seiner Verhaftung im Zuge des Januar-Aufstands erst im Sommer 1919 freigesprochen worden war.¹⁵³ Er wandte sich auch gegen die »terroristischen Mittel« der Sowjetregierung – nämlich gegen »Sondergerichte ohne Rechtsgarantien für die Angeklagten«, gegen die Unterdrückung der »freien Meinungsäußerung« und gegen »Menschenniedermetzelungen«, womit er nicht nur Zuspruch fand.¹⁵⁴ Dennoch setzte sich eine Mehrheit für Aufnahmeverhandlungen mit der Kommunistischen Internationale ein.¹⁵⁵

Doch selbst in der KPD, die von Beginn an in einem viel näheren und bald schon abhängigen Verhältnis zu Moskau stand, waren die Vorstellungen von einer Diktatur des Proletariats nicht sui generis durch das Diktum einer Minderheitsdiktatur, der »führenden Rolle« der (kommunistischen) Partei und der Legitimierung von Gewalt und Terror geprägt. Dass in Sowjetrußland die kommunistische Partei die Räte recht schnell zu beherrschen versuchte, dass dort die Bolschewiki nach der Liquidierung der bürgerlichen Parteien auch die anderen sozialistischen Parteien sukzessive ausschalteten und sich in ihrem neuen Parteiprogramm (März 1919) zur Staat und Gesellschaft dominierenden Hegemonialpartei erklärten, fand in der KPD erst langsam Widerhall. Wie bereits erwähnt, stand an der Wiege der Partei das Versprechen, »nie anders« als kraft der bewussten Zustimmung des »klaren, unzweideutigen Willen[s] der großen Mehrheit« des Proletariats die Regierungsgewalt zu übernehmen. Allerdings waren in dieses Versprechen schon früh die Ablehnung des Parlamentarismus, die radikale Bekämpfung der sozialdemokratischen Revolutionsregierung und die Beteiligung am Januaraufstand in Berlin verwoben. Gewalt

150 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der USPD in Leipzig vom 30.11. bis 6.12.1919, S. 209, 216f. und 219. Crispian sprach in diesem Kontext von der USPD als »Führerin und Bannerträgerin« der Revolution und vom Aktionsprogramm der Partei als Generalplan für die Revolution.

151 In seinem Referat über die Internationale benutzte Walter Stoecker, der auf dem linken Flügel stehende Generalsekretär der USPD, frühe und in der 1848er Revolution getätigte Äußerungen von Karl Marx über die Notwendigkeit eines »revolutionären Terrorismus«, um die Gewalttaten der Bolschewiki zu beschönigen. Ebd., Referat Stoecker, S. 335.

152 Vgl. ebd., Referat Hilferding, S. 317, und Diskussionsbeitrag Cohn, S. 261.

153 Zum Prozess gegen Ledebour vor dem Berliner Landgericht I vgl. *Ursula Ratz*, Georg Ledebour 1850–1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers, Berlin (West) 1969, S. 196–199.

154 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der USPD in Leipzig vom 30.11. bis 6.12.1919, Diskussionsbeitrag Ledebour, S. 383.

155 Der Antrag Stoeckers, den Anschluss der USPD an die Kommunistische Internationale zu vollziehen, wurde auf dem Parteitag mit 114 zu 169 Stimmen abgelehnt, stattdessen ein Antrag der Parteileitung mit 227 zu 54 Stimmen angenommen, der die Parteileitung beauftragte, mit allen anderen sozialrevolutionären Parteien und der Kommunistischen Internationale über eine »aktionsfähige geschlossene proletarische Internationale« zu verhandeln. Hierbei handelte es sich um einen Formelkompromiss, der den gemäßigten und Teile des linken Flügels einzubinden versuchte. Ebd., S. 39–42 und 388–395.

und Militanz hatten auch in der zweiten, von der KPD geführten Münchner Räterepublik deutliche Spuren hinterlassen: Die Ausschaltung der politischen Gegner und die Erdrosselung der Pressefreiheit gehörten in jenen Tagen ebenso zur Handschrift der kommunistischen Führer wie die permanente Drohung mit dem – nur einmal vollzogenen – »roten Terror«.¹⁵⁶

Ungeachtet des sichtbar werdenden sowjetrussischen Einflusses, der sich nicht zuletzt auch in publizistischer Hinsicht niederschlug¹⁵⁷, blieb die von Rosa Luxemburg zu Anfang gewährte »Distanz zum bolschewistischen Modell«¹⁵⁸ in der Partei noch eine Zeit lang erhalten. Es war wohl eine Tragik der Geschichte, dass ausgerechnet Paul Levi, der geistige Nachlassverwalter Luxemburgs, auf dem 2. Parteitag der KPD (Oktober 1919) der innerparteilichen Homogenisierung und Bolschewisierung den Weg mitebnete. Mit knapper Mehrheit betrieb er hier eine erste »Säuberung« der Partei, die gegen »Utopisten« und »Syndikalisten« zielte.¹⁵⁹ Nach Levis Überzeugung hatten die »Delinquenten« noch nicht hinreichend verstanden, dass die KPD als »Führerschicht« des Proletariats eine »historische Aufgabe« zu erledigen habe – nämlich das Proletariat in die richtigen Bahnen zu lenken und zum »Ziele« zu führen.¹⁶⁰ Eine derartige Avantgarde-Funktion lehnten die »Delinquenten« jedoch strikt ab. Fritz Wolffheim (Hamburg) und Otto Rühle (Dresden) plädierten stattdessen nachdrücklich für eine Räte- beziehungsweise Klassendiktatur. Rühle brachte die unterschiedliche Sicht auf den Punkt: »Es handelt sich darum, ob wir eine kommunistische Parteidiktatur oder proletarische Klassendiktatur aufrichten wollen. Die Zentrale [der KPD] will eine Parteidiktatur wie in Russland.«¹⁶¹ Tatsächlich setzte sich die Parteizentrale um Levi durch¹⁶²; die Ausgeschlossenen konstituierten mit der KAPD eine neue Partei, womit die ohnehin schon schwache KPD als revolutionärer Faktor gänzlich ausfiel. Wenige Monate später, im März 1920, veröffentlichte die KPD-Zentrale eine Erklärung, in der sie die »führende Rolle« der Partei in einer Diktatur des Proletariats faktisch sanktionierte.¹⁶³

156 Ende April 1919 waren zehn Personen, darunter sieben Mitglieder der antisemitischen Thule-Gesellschaft, verhaftet und erschossen worden. Dies blieb der einzige »Geiselmord« der Räterepublik. Vgl. *Othmar Plöckinger*, *Unter Soldaten und Agitatoren. Hitlers prägende Jahre im deutschen Militär 1918–1920*, Paderborn/München etc. 2013, S. 62f. und 68.

157 Die Chemnitzer Zeitung »Der Kämpfer« (als Organ der USPD gegründet, ab Januar 1919 Organ der KPD) veröffentlichte seit Ende 1918 Nikolai Bucharins Schrift »Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki)«, in dem die Parteidiktatur in Sowjetrußland als Vorbild gewürdigt wurde, als Fortsetzungsserie. Im März 1919 erschien im Essener Parteiverlag der KPD für Rheinland-Westfalen Karl Radeks Schrift »Die Diktatur des Proletariats«, in der die Gewalt und Militanz des sowjetrussischen Weges seinen verherrlichenden Ausdruck fand.

158 So *Werner Müller*, *Gab es in Deutschland einen demokratischen Kommunismus?*, in: *Uwe Backes/Stéphane Courtois* (Hrsg.), »Ein Gespenst geht um in Europa«. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln 2002, S. 323–382, hier: S. 330.

159 Ebd., S. 331.

160 Referat Paul Levis »Über die politische Lage«, in: Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24.10.1919, Berlin 1919, S. 24.

161 Ebd., S. 32 und 37.

162 Die Abstimmung über die von der Parteizentrale vorgelegten »Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik« ergab ein Delegiertenvotum von 31 zu 18. Vgl. ebd., S. 42. Die Entschließung hatte unter anderem die »straffste Zentralisation« der Partei, den Avantgarde-Charakter der KPD, den Kampf gegen den Syndikalismus und eine – allerdings nur taktisch gemeinte – Beteiligung an Parlamentswahlen beinhaltet. Ebd., S. 3–6.

163 In der Erklärung hieß es unter anderem: »Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und setzt voraus eine starke Kommunistische Partei, die getragen wird vom revolutionären Bewusstsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur des Proletariats offen bekennt.« Bericht über den 4. Parteitag der KPD (Spartakusbund) am 14. und 15.4.1920, Berlin 1920, S. 28.

V. REVOLUTION UND GEGENREVOLUTION – EIN FAZIT

Die Zuversicht der USPD, in den Wintermonaten 1919/20 eine zweite Revolution anbahnen zu können, erfüllte sich nicht. Sie blieb »revolutionäre Illusion«¹⁶⁴, wengleich sich der Zuspruch für die USPD im ersten Halbjahr 1920 fortsetzte. Der Scheitelpunkt der revolutionären Bewegung war im Januar 1920 erreicht, als eine mehrere Hunderttausend Menschen zählende Menge vor dem Reichstagsgebäude gegen das neue und von der USPD als Feigenblatt betrachtete Betriebsrätegesetz demonstrierte. Als die am Reichstagsgebäude verschanzte Sicherheitswehr das Feuer auf die Menge eröffnete und 42 Demonstranten tötete, war der Bewegung die Spitze genommen. Der nun in weiten Teilen des Reiches erneut verhängte Belagerungszustand versetzte die Regierung in die Lage, den Einfluss der radikalen Linken mit militärischen Mitteln zu begrenzen.¹⁶⁵ Bezeichnenderweise gehörten die Verantwortlichen, die am Reichstag hatten schießen lassen, dann zu jenen, die nur wenige Wochen darauf, im März 1920, den Kapp-Lüttwitz-Putsch gegen die eigene Regierung mitinitiierten.¹⁶⁶ Die Flucht der Reichsregierung und des Reichspräsidenten Ebert vor putschenden Militäreinheiten über Dresden nach Stuttgart war ein frühes Menetekel für die Republik. Noskes Militärpolitik hatte nun vor aller Welt sichtbar Schiffbruch erlitten, sein Vertrauen in die alten kaiserlichen Militärs sich als unbegründet erwiesen.

Wie fehlgeleitet dieses Vertrauen gewesen war, hatte bereits ein Jahr zuvor Hugo Haase ahnungsvoll vorhergesehen:

»Es ist geradezu unbegreiflich, wie die Männer in der Regierung sehenden Auges der Konterrevolution die Waffen in die Hand gegeben haben. Aber sie graben sich selbst ihr Grab. Die Waffen, die jetzt Studenten und Offiziere gegen die Arbeiter führen, sie werden bald willkommene Werkzeuge in der Hand der künftigen Machthaber sein.«¹⁶⁷

Dass die Regierung einige Tage später nach Berlin zurückkehren konnte, verdankte sie in erster Linie einem Generalstreik der Arbeiter und Angestellten, der die gegenrevolutionäre Regierung zur Aufgabe zwang. Allerdings nutzten Teile der radikalen Linken die Situation, um – wie im Ruhrgebiet – die Macht auch gewaltsam zu erringen, was den Kreislauf der Gewalt erneut beschleunigte und bei den Reichstagswahlen vom Juni 1920 in einem vorauszu sehenden Ergebnis mündete: Während die MSPD ein Debakel erlitt und von circa 38 auf circa 22 % der Stimmen fiel, vermochte die USPD, die im Wahlkampf mit der Parole der Diktatur des Proletariats geworben hatte¹⁶⁸, auf die bisherige Regierungspartei fast aufzuschließen. Statt der circa 8 % von 1919 schenkten ihr nun circa 19 % das Vertrauen; die KPD kam auf knapp 2 % der Stimmen. In wichtigen industriellen Ballungszentren des Reiches hatte die USPD die MSPD als stärkste Partei abgelöst, so etwa in Berlin (43 %), in Thüringen (31 %) oder in Sachsen (25 %).¹⁶⁹

164 So auch der bezeichnende Titel von Geyers Memoiren: *Curt Geyer*, Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD, hrsg. v. *Wolfgang Benz* und *Hermann Graml*, mit einem Vorwort v. *Robert F. Wheeler*, Stuttgart 1976.

165 Zu den unterschiedlichen Sichtweisen der Aktion vgl. *Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 288f., und *Geyer*, Die revolutionäre Illusion, S. 167–175, der – aus eigener Anschauung – recht detailliert den (angeblich) offensiven Einsatz der Sicherheitswehr schildert.

166 Nach Geyers Bericht soll die militärische Leitung am Reichstag in den Händen des späteren Putsch-Generals Walther v. Lüttwitz gelegen haben. Vgl. ebd., S. 169ff.

167 »Für Einigung im Sozialismus«. Aus der Rede (Haases) in einer Versammlung der USPD in Berlin am 12.1.1919, in: *Engelmann/Naumann*, Hugo Haase, S. 179.

168 Vgl. *Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 345.

169 Zu den Ergebnissen im Einzelnen und zu den regionalen Differenzierungen vgl. ebd., S. 350–359. Im Wahlkreis Leipzig lag die USPD bei 42 %, im Wahlkreis Merseburg sogar bei 45 %.

Das Ergebnis dieser Wahlen war gewiss auch ein Menetekel für die Republik, stand doch jetzt nur mehr die Hälfte der (sozialistisch) organisierten Arbeiterschaft im Lager der parlamentarischen Demokratie, während die andere Hälfte (nämlich USPD und KPD zusammen) der Parole der Diktatur des Proletariats anhing. MSPD und USPD vermochten auch diesmal nicht zusammen eine Regierung zu bilden, inhaltlich und mental lagen beide Parteien ohnedies wesentlich weiter auseinander als Anfang 1919. Nach nur etwas mehr als einem Jahr schied die MSPD als führende Regierungspartei aus, um sich in der Opposition personell und inhaltlich neu aufzustellen. Die USPD ihrerseits hatte im Sommer 1920 ihren Höhenflug beendet; die immer heftiger werdenden Kontroversen über ihren Beitritt zur Kommunistischen Internationale sprengte die Partei in nur wenigen Wochen auseinander: Während der größere Teil des Funktionärskorps sich Ende 1920 mit der KPD vereinigte, blieb die Rest-USPD bis zur Fusionierung mit der MSPD 1922 eine recht überschaubare ›Größe‹.¹⁷⁰ Lediglich in Mitteldeutschland (Sachsen, Thüringen) und Braunschweig vermochten beide sozialdemokratischen Parteien ab 1920 die Landesregierungen zu stellen und mit einer fruchtbaren Reformarbeit den Boden für eine Wiedervereinigung zu legen. In Sachsen, wo sich Protagonisten wie Richard Lipinski und Friedrich Seger ohnehin nur verschämt zu einer proletarischen Mehrheitsdiktatur bekannt hatten, entwickelte sich die (gemäßigte) USPD zu einem festen Garanten der Republik.¹⁷¹

Begriff und Inhalt der proletarischen Diktatur hatten sich damit innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung jedoch noch nicht erledigt. Der »Schrei nach der Diktatur des Proletariats« (Curt Geyer) erhalte immer dann von Neuem, wenn Reformansätze in Krisenzeiten (1923, 1929 bis 1933) an Zugkraft verloren. Für die Zeit von 1918 bis 1920 sind verschiedene Faktoren zu nennen: Von entscheidender Bedeutung waren sicherlich die enttäuschten Hoffnungen auf einen wirtschaftsozialistischen Umbau des Reiches. Angesichts der deutschen Zusammenbruchskrise von 1918/19 wären solche Hoffnungen realistischerweise nur im Ansatz zu befriedigen gewesen, doch konnte sich die MSPD nicht einmal dazu durchringen. Damit hatte sie jedoch das jahrzehntelang gewachsene Potenzial an sozialistischen Erlösungshoffnungen falsch eingeschätzt. Mit ihrer exzessiven Militärpolitik verstärkte sie in der Folge jene (gewaltsame) Radikalisierung in Teilen der Arbeiterschaft, die sie gehofft hatte eindämmen zu können. Die Parole von der Diktatur des Proletariats überzeugte vor allem Teile der Industriearbeiterschaft in den hoch industrialisierten Ballungszentren des Reiches (wie im Ruhrgebiet, in Halle, Merseburg, Leipzig oder Berlin). Wie zuletzt Klaus Tenfelde gezeigt hat, waren dies etwa im Ruhrgebiet »schwer arbeitende Menschen, oft zugewandert, noch sehr jugendlich und vor allem: vom Krieg gezeichnet, tief enttäuscht und im Wortsinn hungrig bis aufs Mark«, die nun »in der durch die Ereignisse der Revolution ungemein gemehrte Hoffnungen auf eine andere Gesellschaft enttäuscht worden waren«; enttäuscht und radikalisiert auch durch den Einsatz solcher »berühmten« Einheiten wie des Freikorps Lichtschlag¹⁷², das bezeichnen-

170 Zur Entwicklung, Ausdifferenzierung und Spaltung der USPD ab 1920 vgl. *Robert F. Wheeler*, *USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Frankfurt am Main 1975; vgl. auch *Hartfrid Krause*, *Kontinuität und Wandel. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Glashütten im Taunus 1976, S. 68–103.

171 Vgl. *Karsten Rudolph*, *Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871–1923*, Weimar/Köln etc. 1995, S. 270–343; *Schmeitzner*, *Alfred Fellisch*, S. 164–244.

172 *Klaus Tenfelde*, *Fragmentiert, verschüttet. Der Bürgerkrieg 1920 und die Denkmalskultur im Ruhrgebiet*, in: *Führer/Mittag/Schildt* u. a., *Revolution und Arbeiterbewegung*, S. 413–429, hier: S. 425ff. Zu den Sozialisierungsdebatten und Radikalismen im Ruhrgebiet vgl. grundsätzlich *Mittag*, *Versäumte Chancen. Zu den Vorgängen in dieser Region im Detail*, aber parteilich gefärbt vgl. *Erhard Lucas*, *März-Revolution 1920*, 3 Bde., Frankfurt am Main 1970–1976; *ders.*, *Arbeiterradikalismus. Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiter-*

derweise als Freikorps »Totschlag« in die Geschichte einging.¹⁷³ An der Spitze der Bewegung marschierten unterdessen eher parlamentsunerfahrene, jüngere Protagonisten (wie Curt Geyer, Walter Stoecker, Hermann Brill), die (zumindest zeitweise) der Faszination einer ganzheitlichen Lösung anhängen und dabei auch von sowjetrussischen Einflüssen durchdrungen waren.

Für die Sozialdemokratie als Ganzes hatte der Verlauf der Revolution erhebliche und zeitweilig kaum mehr zu überbrückende Dissonanzen in der Frage des Politik- und Staatsverständnisses offenbart. Während sich der Hauptstrom der MSPD zur parlamentarischen Demokratie mit Gewaltenteilung und Minderheitenrechten bekannte, und dabei aber nach wie vor eine sozialistische Gesellschaft als Zukunftsprojekt favorisierte, verfolgten ein immer größer werdender Teil der USPD und eine Minderheit innerhalb der MSPD das Ziel einer proletarischen Herrschaft, die mehr auf Arbeiterräten als auf Parlamenten beruhen sollte. Die Neuformierung der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung zwischen 1920 und 1922 mündete zwar in einer deutlicheren Scheidung zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus, verlagerte aber auf diese Weise nur die Ambivalenzen des Fortschritts in organisatorischer Hinsicht – mit einer immer stärker werdenden kommunistischen Bewegung am Ausgang der Weimarer Republik. Hätte eine, von manchem schon Ende 1918 für möglich gehaltene Neuformierung der Sozialdemokratie unter Einschluss der gemäßigten USPD (Haase/Kautsky/Hilferding) dieser Sozialdemokratie mehr Durchschlagskraft in der Revolution verleihen und die (späteren) Kräfteverhältnisse in der Arbeiterbewegung entscheidend beeinflussen können?¹⁷⁴ Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, doch müsste dabei Folgendes im Blick behalten werden: Hinsichtlich des *damaligen* Politik- und Institutionenverständnisses der gemäßigten USPD wäre eine gemeinsame Verpflichtung auf das Modell der parlamentarischen Demokratie gewiss gegeben gewesen. Allerdings sollte dann aber auch mit bedacht werden, dass diese Orientierung der gemäßigten USPD immer auch die Orientierung auf eine sozialistische Herrschaft mit einschloss – so wie sie Friedrich Engels kurz vor seinem Tode vorgezeichnet hatte. Eine – vielleicht infolge der Wahlergebnisse für unumgänglich gehaltene – Bindung an die demokratischen Kräfte des Bürgertums wäre damit nicht unmöglich, aber ungleich komplizierter geworden.

bewegung, Frankfurt am Main 1976. Zur Radikalisierung von Teilen der Arbeiterschaft in Leipzig und der Politik des dortigen ASR vgl. *Dobson, Authority and Upheaval*, S. 256ff.

173 Vgl. *Ullrich, Die Revolution von 1918/19*, S. 84.

174 Diese Sichtweise vertrat bereits dezidiert *Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik*, S. 43ff. Selbst Bernstein, der ab Ende 1918 eine zeitweilige Doppelmitgliedschaft besaß, versuchte 1918/19 mit großem persönlichen Einsatz, eine schnelle Wiedervereinigung von MSPD und (gemäßigter) USPD anzubahnen. Zu Bernsteins Bemühungen vgl. grundlegend *Guido F. Knopp, Einigungsdebatte und Einigungsaktion in SPD und USPD 1917–1920. Unter besonderer Berücksichtigung der »Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie«*, Diss., Würzburg 1975.

